



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 43.

Berlin, den 20. Januar 1918.

12. Jahrgang.

Treibereien gegen allgemeinen Frieden und Wahlrecht.

Berlin, den 15. Januar 1918.

Krisenkoller.

Seit den Augusttagen 1914 leidet das deutsche Volk an einer politischen Nervenlähmung. Am wohlsten haben sich in diesem Zustande die Schichten befunden, die schon vor dem Kriege über eine robuste wirtschaftliche und politische Konstitution verfügten, d. h. diejenigen Klassen, die von jeher Besitz und politische Vorrechte in Erbpacht hatten. Die breiten Volksmassen aber sind stumpf, teilnahmslos, in ihren geistig regsamten Schichten aber verbittert geworden. Der ungesunde Zustand des deutschen politischen Lebens hat seit Jahresfrist zu Fieberkrise geführt; der Julikrise, bei der Herr von Bethmann-Hollweg, und der Oktoberkrise, bei der Herr Dr. Michaelis als politische Leichen hinausgetragen wurden. In Wirklichkeit handelte es sich um eine schleichende Dauerkrise, die von Fall zu Fall verkleistert und notdürftig kuriert wird und jeden Tag neue Fieberanfälle zeitigen kann. Von einem solchen Fieberkoller waren in den letzten Tagen wieder einmal die Kreise und Klüften befallen, die zurzeit in Politik machen: die parlamentarischen Geschäftshaber, die journalistischen Zeichen- und Gebärdendeuter, die Einpeitscher der Vaterlandspartei und der hinter ihr stehenden kapitalistischen Interessengruppen. Das Volk hörte nur wilde Gerüchte umherschwirren, las die konfusesten Zeitungsartikel, sintemalen jeder Journalist seinen eigenen Krisen-Tipp hatte — aber kein Mensch wußte, was gespielt wurde. Hindenburg, Ludendorff, der Kronprinz waren in Berlin, in den olympischen Höhen fand ein Kronrat statt, der, wie nachher den getreuen Untertanen verkündet, eigentlich kein Kronrat war. Graf Hertling sollte krank, Herr von Kühlmann reis zum Fliegen sein, ein wirklich starker Mann, das klirrende Schwert an der Seite, sollte auch für die innere und äußere Reichspolitik Procura erhalten usw. usw. Schließlich löste sich alles wieder in Wohlgefallen auf. Feierlich wird versichert, daß alles beim alten bleibt. (Wir haben nie daran gezweifelt.) Daß volle Uebereinstimmung zwischen Oberster Heeresleitung und politischer Reichsleitung besteht. Daß Graf Hertling sich einer ausgezeichneten Gesundheit erfreut. (Was von einem schmiegsamen Zentrumsdiplomaten nicht anders zu erwarten war.)

Und so hat denn der letzte Krisenkoller zu einem, wie es die „Rossische Zeitung“ nennt, „politischen Waffenstillstand“ geführt, der solange dauert, bis die schleichende Krise wieder von einem Fieberanfälle abgelöst wird.

Der Reichstag.

Die jämmerlichste Rolle spielt in dieser weltgeschichtlich bedeutenden Zeit die berufene Vertretung des deutschen Volkes, der Reichstag. Seine Abgeordneten lassen sich ruhig ausschalten in einer Zeit, in der es um Leben und Gesundheit von Millionen deutscher Staatsbürger, um die wirtschaftliche und politische Zukunft des Volkes geht. Ja, seine Parteien, nicht zuletzt die, die jene famose Friedensresolution vom 19. Juli fabriziert haben, bitten die Regierung förmlich auf den Knien, sie in dieser unheilswangeren Zeit bei Mutters Fleischtopfen zu lassen. Der jämmerlichste aller Kriegserfahre, der Parlamentserfahre, Hauptauschuß genannt, verzichtet Tag für Tag auf Kommando von oben auf die Erörterung der brennendsten politischen Fragen. Die Fraktionshäupter schmusen in vertraulichen interfraktionellen Sitzungen miteinander und betnabbern als folgsame Parlamentspudel die diplomatischen Knochen, die ihnen Herr von Bussche als Beauf-

tragter der Geheimdiplomatie zur Information über die Verhandlungen in Brest-Litowsk vorzuwerfen geruht.

So sieht im Januar 1918 das „völlig veränderte Bild der Weltlage“, der gewaltige Fortschritt auf dem Wege zum parlamentarischen System in Deutschland aus, von dem im „Vorwärts“ und in der ganzen regierungssozialistischen Presse im Juli und Oktober 1917 gejubelt wurde!

Wenn etwas die ganze Ungeundheit des politischen Lebens in Deutschland charakterisiert, so ist es die Rolle, die der Reichstag spielt. Wir haben jetzt 1233 Tage Krieg. In dieser Zeit ist der Reichstag kaum 100 Tage zusammen gewesen. Die ausschlaggebende Leitung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Geschichte des deutschen Volkes lag und liegt bis wer weiß wie lange noch, in den Händen der Militärgewalten, denen sich die politischen Behörden vom Reichstanzler bis zum letzten Landratschreiber unterzuordnen haben. Die parlamentarische Vertretung des deutschen Volkes hat freiwillig darauf verzichtet, ein mitbestimmender und ausschlaggebender Faktor in elementaren Lebensfragen des Volkes zu sein. Sie hat sich selbst zu einer Geldbewilligungsmaschine degradiert und hat im besten Falle, wenn ihr der Maulkorb einmal abgenommen wurde, über Einzelfragen und Teilerscheinungen des politischen Lebens geredet und sich von den Tagesereignissen treiben lassen.

Der Regierungssozialismus aber hat immer feste mitgewurkelt und die Karre mit in den Dreck schieben helfen. Und er denkt auch jetzt noch nicht daran, seinen bürgerlichen Blockfreunden Balet zu sagen.

Brest-Litowsk.

Am 9. Januar haben die Verhandlungen in Brest-Litowsk zwar wieder begonnen, aber über den toten Punkt ist man weder in den Vollsitzungen noch in den Kommissionen hinausgekommen. Die Anschauungen der beiden Parteien lassen sich nicht vereinigen. Es läßt sich nicht sagen, was bei diesem Gegensatz herauskommen wird. Reden doch in den Trojki usw. auf der einen und in den Kühlmann, General Hoffmann, Graf Czernin auf der anderen Seite zwei verschiedene Welten zu einander oder richtiger an einander vorbei. Wir können auf die Einzelheiten des offiziellen Wolff-Berichtes über die Verhandlungen leider nicht eingehen. Das eine sei aber hervorgehoben: Die Vertreter der Mittelmächte haben in aller Form erklärt, daß für sie die Frage eines allgemeinen Friedens erledigt sei.

Von den Auseinandersetzungen, Erklärungen und Richtigstellungen, die aus den Brest-Litowsker Verhandlungen bekannt wurden, seien die Ausführungen des General's Hoffmann vom 11. und 12. Januar nach dem offiziellen Bericht wiedergegeben. Es heißt da:

General Hoffmann, welcher hierauf das Wort ergriff, bemerkte, er habe aus der Antwort des Vorsitzenden der Petersburger Delegation auf seinen Protest ersehen, daß Herr Trojki nicht verstanden habe, warum die von ihm beanstandeten Funksprüche und Veröffentlichungen gegen den Geist des Waffenstillstandes verstößen. Am Kopf des Waffenstillstandsvertrages standen die Worte: „Zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens“. Die russische Propaganda verstoße hiergegen, weil sie nicht einen dauernden Frieden anstrebe, sondern Revolution und Bürgerkrieg in unsere Länder tragen möchte.

In seiner Antwort verwies der Vorsitzende der russischen Delegation darauf, daß die gesamte deutsche Presse in Rußland zugelassen sei, und zwar auch jene, welche den Ansichten der russischen reaktionären Kreise entspreche und die dem Standpunkte der Regierung der Volkskommissare zuwiderlaufe. Es herrsche also vollkommene Parität in dieser Sache, die mit dem Waffenstillstandsvertrage nichts zu tun habe.

General Hoffmann replizierte hierauf, daß sein Protest sich nicht gegen die russische Presse gerichtet habe, sondern gegen offizielle Regierungstätigkeiten und offizielle Propagandatätigkeit, die mit der Unterschrift des Oberkommandierenden Krylenko versehen sei. Der Oberbefehlshaber Ost und der Staatssekretär des Neußern betrieben keine analoge Propaganda.

Herr Trojki erwiderte hierauf, daß die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages keine Beschränkung für die Äußerung der Meinung der Bürger der russischen Republik oder ihrer regierenden oder leitenden Kreise enthielten oder enthalten könnten.

Staatssekretär von Kühlmann stellte zu den Bemerkungen des Vorsitzenden der russischen Delegation fest, daß die Nichteinmischung in die russischen Verhältnisse ein feststehender Grundsatz der deutschen Regierung sei, der aber natürlich volle Gegenseitigkeit erheische.

Herr Trojki entgegnete, die Parteien, die der russischen Regierung angehören, würden es als einen Schritt vorwärts anerkennen, wenn die deutsche Regierung sich frei und offener über ihre Ansichten bezüglich der inneren Verhältnisse ausdrücke, insofern sie dies für notwendig erachten würde.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen vom 12. Januar gab General Hoffmann zu den russischen Vorschlägen über die Behandlung der besetzten Gebiete, auf die Rußland keinen Anspruch erhebt, da es ihnen volle Selbstbestimmung zubilligen will, folgende hochbedeutende Erklärung ab: „Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorschläge protestieren.“

Die russische Delegation spricht mit uns, als ob Sie siegreich in unserem Lande ständen und uns Bedingungen diktieren könnten. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegengesetzt sind, — das siegreiche deutsche Heer steht in Ihrem Gebiet!

Ich möchte dann feststellen, daß die russische Delegation für die besetzten Gebiete die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechts der Völker in einer Weise und in einem Umfange fordert, wie es Ihre Regierung im eigenen Lande nicht anwendet.

Ihre Regierung ist begründet lediglich auf Macht, und zwar auf Macht, die rücksichtslos mit Gewalt jeden Andersdenkenden unterdrückt. Jeder Andersdenkende wird einfach als Gegenrevolutionär und Bourgeois vogelfrei erklärt.

Ich will diese meine Ansicht nur an zwei Beispielen erhärten.

In der Nacht vom 30. zum 31. Dezember wurde der erste weißrussische Kongreß in Minsk, der das Selbstbestimmungsrecht des weißrussischen Volkes geltend machen wollte, von den Maximalisten durch Bajonett und Maschinengewehr auseinandergejagt.

Als die Ukrainer das Selbstbestimmungsrecht geltend machten, stellte die Petersburger Regierung ein Ultimatum und versuchte, die Erzwin-

gung ihres Willens mit Waffengewalt durchzuführen. Sowie aus den mir vorliegenden Juntsprüchen hervorgeht, ist der Bürgerkrieg noch im Gange.

So stellt sich die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch die maximalistische Regierung in der Praxis dar.

Die deutsche Oberste Heeresleitung muß deshalb eine Einmischung in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen.

Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihrem Wunsche der Lostrennung von Rußland bereits klar und unzweideutig Ausdruck gegeben.

Von den wichtigsten Beschlüssen der Bevölkerung möchte ich folgende hervorheben:

Am 21. 9. 1917 erbat die kurländische Landesversammlung, die sich ausdrücklich als Vertreterin der Gesamtbevölkerung Kurlands bezeichnete, den Schutz des Deutschen Reiches.

Am 11. 12. 17 proklamierte der litauische Landestrat, der von den Litauern des In- und Auslandes als einzig bevollmächtigte Vertretung des litauischen Volkes anerkannt ist, den Wunsch der Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen, die bisher mit anderen Völkern bestanden haben.

Am 27. Dezember sprach die Stadtverordnetenversammlung in Riga eine ähnliche Bitte an das Deutsche Reich aus. Diesem Antrage haben sich die Rigaer Kaufmannstammer, die Große Gilde, die Vertreter der Landbevölkerung sowie 70 Rigaer Vereine angeschlossen.

Schließlich haben im Dezember 1917 auch die Vertreter der Ritterschaft der ländlichen, städtischen und kirchlichen Gemeinden auf Oesel, Dagoe und Moon in verschiedenen Erklärungen sich von ihren bisherigen Beziehungen losgelöst.

Auch aus verwaltungstechnischen Gründen muß die deutsche Oberste Heeresleitung eine Räumung Kurlands, Litauens, Rigas und der Inseln im Rigaischen Meerbusen ablehnen.

Alle diese Gegenden besitzen keine Verwaltungsorgane, keine Organe der Rechtspflege, keine Organe des Rechtsschutzes, keine Eisenbahnen, keine Telegraphen, keine Post. Alles dies ist deutscher Besitz und in deutschem Betriebe. Auch zur Errichtung eines eigenen Volksheeres oder einer Miliz sind die Länder mangels geeigneter Organe in absehbarer Zeit nicht in der Lage.

Diese Sprache ist mehr als deutlich. Inzwischen wurde von einer Kundgebung des russischen Oberbefehlshabers Krylenko berichtet, in der von der Möglichkeit eines revolutionären Krieges die Rede war.

Höchst merkwürdige Nachrichten kamen aus Estland, das noch nicht zu den besetzten Gebieten zählt. Aus Stockholm wurde gemeldet:

Das Stockholmer Estnische Bureau teilt dem Vertreter von Wolffs Telegraphischem Bureau mit: Nachdem die systematische Verheerung Estlands durch Truppenverbände der regulären russischen Armee trotz zahlreicher Vorstellungen bei den russischen Behörden nicht aufhörte, und alle zivilen Maßnahmen der estnischen Behörden und der Bevölkerung sowie ein offizieller Appell des estnischen Landtages an die verbündeten Regierungen von England, Frankreich, Amerika und Belgien erfolglos geblieben waren, sah sich die estnische Heeresleitung zur Entsendung einer Strafexpedition veranlaßt. Daraus sind haben estnische Truppenteile, die von Reval in Richtung gegen Narva vorzogen, plündernde russische Truppen getroffen, gesteuert und geschlagen. Die estnischen Verluste an Toten und Verwundeten sind gering. Die Säuberung Estlands von den russischen Truppen schreitet fort.

Die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt dazu:

Die Nachricht ist mit Vorbehalt aufzunehmen — wahrscheinlich wäre es verfehlt, diese Kämpfe als solche zwischen dem estnischen Volke und der russischen Regierung aufzufassen. Aus Darstellungen, die längst in alldeutschen Blättern über die „russischen Brandkommandos“ in Estland gegeben wurden, ließ sich vielmehr schließen, daß sich in Estland ein Kampf zwischen dem deutschen Junkertum auf der einen und dem lettischen Proletariat und Kleinbauern auf der anderen Seite abspielte, bei dem es sich um die Aufteilung der Güter der großen Grundbesitzer handelt. Dabei werden die russischen Truppen natürlich auf der Seite der letzteren Partei stehen.

Am 11. Januar aber schrieb Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ in der gleichen Angelegenheit:

„Das Bessere bleibt nun abzuwarten, und wir erwarten, daß in etwa noch kommenden Verhandlungen hervortritt, daß nicht die Deutschen die Festigkeit sind. Ueber die Frage der Grenze und Grenzsicherung soll noch gesprochen werden. Heute fügen wir nur noch hinzu, daß die Verhältnisse in Estland deutsches Einschreiten unbedingt notwendig machen, und zwar ein Einschreiten mit militärischen Mitteln. Für öffentliche Sicherheit muß gesorgt sein, ehe für Freiheit gesorgt werden kann. Wir halten diese Forderung für eine gebieterische, auch im Interesse der Würde des Deutschen Reiches und seines Ansehens.“



Stärkt die Unabhängige sozialdemokratische Organisation!

Nur der Sozialismus kann die Menschheit von Not und Elend vom wirtschaftlichen und politischen Druck erlösen. Dafür muß der Einzelne kämpfen. Geführt wird der politische Kampf von politischen Organisationen. Sie zu stärken und sie zu einem einflussreichen Faktor im öffentlichen Leben zu machen, das sollte Pflicht eines jeden politischen Unterdrückten sein.

In Groß-Berlin vereinigen die Sozialdemokratischen Wahlvereine alle die Männer und Frauen, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze stehen und für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpfen.

Erfülle jeder seine Organisationspflicht und erkläre seinen Beitritt zum sozialdemokratischen Wahlverein des Reichstagswahlkreises.

An die Bezieger des Mitteilungsblatt!

Die Bezieger des Mitteilungsblatt werden dringend ersucht, alle Bestellungen und Geldsendungen, die für das Mitteilungsblatt bestimmt sind, nur an die persönliche Adresse des Kassierers

Rich. Herbst, Berlin O²⁷, Schicklerstr. 5, zu richten. Alle anderen Adressierungen wie „An den Verband“, „An das Mitteilungsblatt“ oder an „Wolff Hoffmann“ haben mit großen Schwierigkeiten und Verzögerungen zu rechnen.



Das preussische Wahlrecht.

In engstem inneren Zusammenhang mit der äußeren Politik steht die Behandlung oder richtiger Mißhandlung des preussischen Wahlrechts im Junkerparlament. Die Dinge nehmen dort den Verlauf, den wir seit Monaten vorausgesagt haben. Die Wahlrechtsfeinde, die mit keinem ernstlichen Widerstande zu rechnen haben, sind drauf und dran, das freie Wahlrecht für Preußen abzumurfen, mindestens aber zum hoffnungslosen Krüppel zu machen. Wir können auf die Herzergüsse der konservativen und nationalliberalen Wahlrechtswüterer leider nicht eingehen. Erwähnt sei nur das Verhalten der Regierung. Als die Konservativen verlangten, daß die drei Reformgesetze durch ein Mantelgesetz vereinigt würden, da erklärte der Minister Dr. Friedberg — auch eine vom Regierungssozialismus protegierte Errungenschaft der „Parlamentarisierung“ — das sei nicht nötig, die Regierung werde auch so alle drei Gesetze oder keines aufrecht erhalten.

Wir schrieben in unserer Nummer vom 22. Juli:

„Der einzig greifbare Erfolg der parlamentarischen Julirevolution von 1917 ist — die Aussicht auf Beseitigung des Dreiklassenwahlrechtes in Preußen. Am 11. Juli erfolgte ein königlicher

Erlaß, nach dem dem Landtage ein Gesetzentwurf wegen Abänderung des Wahlrechtes zum Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechtes aufzustellen ist.“ Die nächsten Wahlen sollen bereits nach dem neuen Wahlrecht stattfinden.

Das regierungssozialistische Zentralorgan und die Mehrzahl der gleichgesinnten Parteiblätter der Provinz füttern darob die deutsche Arbeiterschaft mit Illusionen. Sie gebärden sich so, als ob das freie Wahlrecht in Preußen bereits eingeführt sei. Davon kann gar keine Rede sein. Es handelt sich zunächst nur um eine Ankündigung, um eine Anweisung der preussischen Krone an das Ministerium, einen Entwurf auszuarbeiten, über dessen Annahme oder Ablehnung das preussische Abgeordnetenhaus in seiner heutigen Zusammensetzung und das Herrenhaus zu entscheiden hat.

Solche Ankündigungen sind dem preussischen Volke schon mehrmals zuteil geworden. In der Thronrede vom 20. Oktober 1908 hieß es: „Es ist mein Wille, daß die auf Grundlage der Verfassung erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren sollen.“ Trotdem ist das Dreiklassenwahlrecht bis auf den heutigen Tag in Kraft geblieben.

In der Osterbotschaft vom 7. April 1917 wurde gesagt, daß das Wahlrecht nach Beendigung des Krieges geändert werden sollte, daß für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr sei und daß der nach Kriegsschlus vorzuliegende Gesetzentwurf unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen habe.

Alle diese Ankündigungen sind noch keine Erfüllungen. Nach all den Erfahrungen, die das preussische Volk gemacht hat, ist es ganz unangebracht, dem überschwenglichen Jubel der regierungssozialistischen Presse Glauben zu schenken. Die Arbeiterschaft hat vielmehr alle Ursache, der weiteren Entwicklung der preussischen Wahlrechtsfrage kühl und nüchtern entgegenzusehen. Das freie Wahlrecht in Preußen ist ihr noch nicht als reife Frucht in den Schoß gefallen; noch manche Widerstände werden zu überwinden sein, ehe die preussischen Wähler auf Grund des direkten, geheimen und gleichen Wahlrechtes ihre Abgeordneten wählen können. Von einem Wahlrecht der Frauen und anderen Erfordernissen eines unseren demokratischen Grundsätzen entsprechenden Wahlsystems wollen wir gar nicht reden.

Das Bild der Weltlage hat sich, soweit Preußen in Betracht kommt, noch nicht gründlich geändert. Wir haben ein Versprechen der Krone, daß allerdings, wie zugegeben werden muß, klarer und bestimmter formuliert ist, als die früheren Versprechungen. Einzulösen aber haben das Versprechen Faktoren, die sich bisher als entschiedene Feinde eines freien Wahlrechtes gezeigt haben. Ganz unbestimmt ist auch der Zeitpunkt, an dem der jetzige preussische Landtag sein Urteil über das angekündigte Wahlgesetz sprechen soll. Die offenen und versteckten Wahlrechtsfeinde werden nicht müßig sein, den Weg zu einer Demokratisierung Preußens so schwierig als nur irgend möglich zu machen.

Darum fort mit allem illusionärem Ueber-schwang. Ohne tätige Mitwirkung der Arbeiterschaft wird Preußen kein freies Wahlrecht erhalten.“

Diese Ausführungen trugen uns eine Schimpfkanonade der regierungssozialistischen Presse ein: „Den Unabhängigen kommt es nur darauf an, den Arbeitern die demokratischen Errungenschaften zu vereiteln,“ hieß es. Nun, die Vorgänge der zweiten Januarwoche 1918 haben unsere Anschauungen vollinhaltlich bestätigt. Mögen die Arbeiter allmählich erkennen, von wem sie besser beraten sind, von den Unabhängigen oder von den regierungssozialistischen Illusionen.

Eine untertänige Bitte.

Wie der Abgeordnete Hausmann in einer Stuttgarter Versammlung der Fortschrittler mittelste, haben die Führer des bürgerlich-regierungssozialistischen Reichstagsblocks vor der Berufung Hertlings zum Reichskanzler an den Kaiser durch das Zivilkabinett folgende Bitte gerichtet.

„Sollte Seine Majestät der Kaiser zu dem Entschlus kommen, einen Kanzlerwechsel eintreten zu lassen, so dient es dem höchsten Staatsinteresse, für ruhige innerpolitische Entwicklung bis Kriegsende volle Gewähr zu schaffen. Nur hierdurch kann die nötige Geschlossenheit herbeigeführt werden,

deren das Volk in Waffen und in der Heimat dringend bedarf. Der Weg zu diesem Ziel ist eine vertrauensvolle Verständigung über die äußere und innere Politik des Reiches bis Kriegsende. Die innerpolitischen Schwierigkeiten der letzten Monate sind auf den Mangel einer solchen Verständigung zurückzuführen. Seine Majestät den Kaiser bitten wir daher, vor der von ihm zu treffenden Entscheidung die zur Leitung der Reichsgeschäfte in Aussicht genommene Persönlichkeit zu beauftragen, sich mit dem Reichstag zu besprechen."

Unter diesem Angesichts der Januartrise doppelt interessanten Schriftstück standen also auch die Namen der Herren Scheidemann und Ebert!

Sonderbare Geschäfte.

Wir finden in der russischen Presse Auszüge aus der norwegischen Parteipresse von Anfang Dezember, in denen festgestellt wird, daß Mitglieder der Scheidemann-Partei versucht hätten, die norwegische Sozialdemokratie dadurch zu beeinflussen, daß den Gewerkschaften das Monopol für Kohlenlieferungen aus Deutschland gewährt werde. (Ein solches Geschäft, bei dem er auch selbst am Gewinn beteiligt sein soll, habe Barvus bereits in Dänemark arrangiert). Als Gegenleistung sei verlangt worden, daß die norwegische Parteipresse freundlicher über Deutschland schreibe, und daß die Sozialisten im Parlament für die Einstellung oder mindestens Herabsetzung der Fischausfuhr nach England eintreten wollen. Die norwegische Sozialdemokratie habe dieses Anerbieten glatt abgelehnt.

Wir wollen nicht verfehlen, diese durch die norwegische und jetzt auch durch die russische Presse aller (nicht deutschen) Welt bekanntgewordenen Aufsehen erregenden Angaben zu vermitteln, damit die beteiligten Kreise sich dazu äußern können.

Unabhängige und Bolschewiki.

Der „Vorwärts“ leistet sich in diesen Tagen, in denen der Bankrott seiner Illusionspolitik aller Welt offenbar wird, ein besonderes Vergnügen. Er versucht in einem Duzend Notizen den russischen Bolschewiki klar zu machen, daß die deutschen Unabhängigen eine ganz konfuse und unzuverlässige Bande seien, die die Bolschewiki bald als „Verwörer“, bald als „leuchtende Beispiele und Wegweiser der sozialen Revolution“ betrachteten. Der Zweck, den der „Vorwärts“ mit diesen Anzuspaltungen verfolgt, entspricht durchaus der unehrlichen und verfahrenen Kriegs- und Friedenspolitik, die der deutsche Regierungssozialismus bis heute befolgt hat. Und ebenso klar ist dabei, wessen Geschäfte er besorgt. Einmal liegt dem „Vorwärts“, der J. R. und der ganzen regierungssozialistischen Presse sehr viel daran, Zwietracht unter die Teile des internationalen Sozialismus zu säen und deren Zusammenwirken zu stören. Zum anderen macht der „Vorwärts“ mit seinen Anwürfen gegen die Unabhängigen den allerdings aussichtslosen Versuch, seine so oft gerühmte „Solidarität“ mit dem Friedensprogramme der Bolschewiki zu beweisen. Die Bolschewiki sind politisch genügend geschult, um zu erkennen, daß zwischen dieser „Solidarität“ und der regierungssozialistischen, auch heute noch aufrecht erhaltenen These vom „Verteidigungskrieg“ sowie der aus dieser sich ergebenden Kriegspolitik ein unüberbrückbarer Gegensatz klafft, daß die vielen Friedensdeklamationen des Regierungssozialismus bis auf den heutigen Tag begleitet sind von einer direkten und indirekten Unterstützung der imperialistischen Gewalten.

Unsere russischen Freunde wissen ganz genau, daß den Vorwärtsleuten der „Bolschewikismus“ ein Greuel ist. Wie heutige doch der „Vorwärts“ laut auf, als im Oktober der damalige Reichskanzler Dr. Michaelis anfänglich der Marinevorgänge seinen Vorstoß gegen die Unabhängige Sozialdemokratie machte. Sein einziger Schmerz war, daß Dr. Michaelis dem deutschen „Bolschewikismus“ zu einer gewissen Bedeutung in der Öffentlichkeit verholfen habe. Und wenn der deutsche Regierungssozialismus den russischen Bolschewiki ein freundliches Gesicht zeigt, so tut er das nicht um deren internationaler Grundsätze willen, sondern um einen Sonderfrieden so schnell wie möglich unter Dach schaffen zu helfen, der, wie die J. R. es dieser Tage sehr offenherzig ausgesprochen

hat, die Russen nach dem Grundsatz behandelt: Frig, Vogel, oder stirb!

Nun ist richtig, daß innerhalb der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie einige Genossen es für angebracht gehalten haben, an Einzelhandlungen der Bolschewiki in bezug auf deren Friedenspolitik wie auf deren innerpolitisches Verhalten Kritik zu üben. Ebenso richtig ist aber, daß die Unabhängige Sozialdemokratie, soll ihre Existenz überhaupt einen Sinn haben, genau wie die Bolschewiki und zwar auf dem Boden des Sozialismus von Zimmerwald und Kienthal steht. Der deutsche Regierungssozialismus ist aber von Anfang an der wütendste Gegner von Zimmerwald und Kienthal gewesen; seine jetzt zur Schau getragene Sympathie für die Bolschewiki ist daher nur ein diplomatisches Spiel, das letzten Endes den Sonderfriedensplänen der deutschen Regierung zugute kommen soll, mögen diese im einzelnen aussehen, wie sie wollen. Hätte dem Regierungssozialismus, der noch im Dezember 15 Milliarden Kriegskredite bewilligt hat, daran gelegen, Brest-Litowsk zum Ausgangspunkt eines baldigen allgemeinen Friedens zu machen, dann hätte er ganz anders auftreten müssen, als er es getan hat. Denn sein papierner Kampf gegen die Zerschmetterungspolitik der Vaterlandspartei wird aufgehoben durch die Helfershelfer-Dienste, die er als begeistertes Mitglied des bürgerlichen Mehrheitsbundes dem verschleierte Imperialismus und der Geheimdiplomatie leistet. Die Dinge liegen doch ganz klar: Es wird ausdrücklich versichert, daß Herr von Kühlmann in Brest-Litowsk durchaus nach den ihm mitgegebenen Instruktionen gehandelt habe und noch handle. Verantwortlich für diese Instruktionen ist der Reichskanzler Graf Hertling. Dieser aber ist das Haupt jener famosen „parlamentarischen“ Regierung, an deren Zustandekommen der Regierungssozialismus im Schweiße seines Angesichtes mitgearbeitet hat und die zu stützen auch heute noch sein eifrigstes Bestreben ist. Was verschlägt es, daß dem „Vorwärts“ die Taktik der deutschen Unterhändler in Brest-Litowsk „bedeutlich“ erscheint, daß er allerlei schöne Theorien über die praktische Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zum Besten gibt! Solange er in der Gefolgschaft der Parteien bleibt, die die Hertling und Kühlmann als ihre Regierung ansehen, leistet er den demokratischen Friedensforderungen der Russen nicht den geringsten Dienst. Der 28. Dezember hätte der Tag von Damaskus für den deutschen Regierungssozialismus werden müssen; an diesem Tage hätte er sich mit einem energischen Ruck von Regierung und bürgerlichen Parteien losreißen und eine selbständige, energische proletarisch-sozialistische Friedenspolitik einschlagen müssen. Er hat diesen Termin ungenüht verstreichen lassen. So steht in Wirklichkeit die „Solidarität“ des Regierungssozialismus mit dem Friedensprogramm der Bolschewiki aus. Darum treibt ihn jetzt das böse Gewissen, all das aufzustöbern, was zu einer Verkümmern der Bolschewiki gegen die — Unabhängige Sozialdemokratie führen könnte.

Unser „Mittellungsblatt“ hat sich niemals zum Richter der Bolschewiki-Regierung aufgeworfen. Wir betrachten nach wie vor ihre Friedensoffensive als eine aus der revolutionären Situation ergebende Notwendigkeit und als die erste wirkliche Tat, die von Bekennern des internationalen Sozialismus für den Weltfrieden geleistet worden ist. Es ist nicht ihre Schuld, daß diese Offensive nicht im ersten Ansturm zu einem vollen Erfolg führte, und wir bedauern, die Gründe hierfür nicht im einzelnen aufdecken und nachweisen zu können, wo, wenn von Schuld geredet wird, diese in Wirklichkeit zu suchen ist.

Nun ist auch das innerpolitische Vorgehen, ihr Verhalten zur Konstituante usw. nicht von der Unabhängigen Partei als solcher, sondern von einzelnen Unabhängigen kritisiert worden. Wir geben an anderer Stelle einen Artikel des Genossen Kautsky wieder, der sich theoretisch über das Thema: Demokratie und Diktatur äußert, dabei aber offenbar die gegenwärtigen Verhältnisse in Russland im Auge hat. Wir drucken Kautskys Artikel ab, nicht weil wir ihn uns vollinhaltlich zu eigen machen, sondern zur Information unserer Leser, die dadurch zum Denken über wichtige revolutionäre Probleme angeregt werden sollen.

Es kann ohne weiteres zugegeben werden, daß auch der Bolschewiki-Regierung in ihrem unabseh-

baren, nervenanspannenden Kampfe gegen eine Welt von Feinden und bei der Lösung riesenhafter wirtschaftlicher und politischer Probleme, Fehler, Mißgriffe, Härten und Taktlosigkeiten unterlaufen. Das Menschlich-Menschliche spielt auch in revolutionären Epochen eine Rolle. Wenn aber den Bolschewiki zum Vorwurf gemacht wird, ihre Macht stütze sich auf die Bajonette und Maschinengewehre, so ist die Frage am Platze: Wer ist denn Träger dieser Bajonette? Es ist doch keine im Kadavergehorsam gedrückte Soldateska, sondern es sind Proletarier- und Bauernhäute, es sind Angehörige der breiten Volksschichten, die in den Bolschewiki die Anwälte ihrer Klassennot und Klasseninteressen sehen. Es sind das gewiß nur zum kleinsten Teile marxistisch geschulte Sozialisten, sie passen auch nicht recht in das demokratische Schema und die Parteischablone der westeuropäischen Staaten, aber in den chaotischen Zuständen Russlands repräsentieren sie eine, vielleicht ungeschlachte, Demokratie, deren Klasseninstinkt in den Bolschewiki die gegebenen Führer erblickt. Eine solche, noch im Gärungsprozess befindliche Demokratie wird natürlich nicht immer zimperlich zugreifen und nach den Anstandsregeln politischer Salons vorgehen; am wenigsten kann das aber ihre Leitung tun, die in jeder Sekunde vor neue Entscheidungen gestellt wird, die mit offenen und verheerten Mächten der Gegenrevolution zu kämpfen und wichtige westpolitische und wirtschaftliche Aufgaben lösen muß. Für sie gilt das Wort Bishers:

„Wer aber lebt, muß es klar sich sagen,
Durch dies Leben sich durchzuschlagen,
Das will ein Stück Rohheit.“

Mögen sich dadurch auch warmherzige Dichternaturen, wie z. B. Maxim Gorki, abgestoßen fühlen.

Den Kritikern aber, die die sozialistischen „Experimente“ der Bolschewiki als verfrüht und doktrinär bezeichnen, möchten wir die Frage entgegenhalten: Hat sich denn der russische Kapitalismus organisch entwickelt? Ist er nicht ein gewaltsames Produkt der Zarenregierung gewesen? Ist er nicht in seiner entwickeltesten finanziellen und technischen Form in russischen Boden eingepflanzt worden? Ist es da so etwas Ungeheuerliches, daß in diesem Lande die Sozialisierung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens andere Bahnen einschlägt, als in den anderen Ländern mit ihrer ganz verschiedenen ökonomischen und sozialen Entwicklung?

Es ließe sich zu diesen Problemen noch sehr viel sagen. Vor allem sollen wir aber bei Beurteilung der russischen Verhältnisse nicht vergessen, daß wir infolge des Kriegszustandes immer nur mangelhaft informiert sind, daß die russischen Zeitungen usw., die zu uns gelangen, Ereignisse besprechen, die schon längst überholt sind, da in jenem Lande alles mehr als anderswo im Flug ist. Mit abschließenden Urteilen soll man daher sehr vorsichtig sein. Wir haben das Vorgehen der Bolschewiki nicht kritiklos zu bewundern, wohl aber kann das internationale Proletariat aus ihren Vorzügen wie aus ihren Fehlern ungeheuer viel lernen.

Die Lage der deutschen „Mehrheitspartei“.

Man kann nicht gerade behaupten, daß sich der am 6. Januar von der Scheidemannpartei gefasste Beschluß zu der durch den russischen „Zwischenfall“ geschaffenen Situation durch Kraft und Klarheit auszeichnet. Es war jedoch kaum etwas anderes von der alten Fraktion zu erwarten, wenn sie nicht Entschlußfähigkeit genug besaß, einen vollständigen Bruch mit ihrer bisherigen Politik herbeizuführen. Einem solchen Entschluß mußten die heftigsten Kämpfe vorausgehen, da innerhalb der Fraktion die Meinungen durchaus nicht so homogen sind, wie man gern nach außen glauben machen möchte. — Natürlich verfolgt man gerade jetzt in diesem vielleicht wichtigsten Abschnitt des ganzen Krieges die Meinungsäußerungen der sozialistischen Parteien Deutschlands mit ganz besonderem Interesse. So laden wir in dem Organ der holländischen Partei einen Aufsatz, der an der Hand der Neuerungen in der sozialdemokratischen Presse die Stellung der Mehrheiten und Minderheiten in Deutschland und Oesterreich untersucht und der bisher in seinem ersten Teil eine Würdigung der deutschen Mehrheit bietet, die beweist, daß die holländischen Genossen ein außerordentlich feines Verständnis für die Situation besitzen.

„Der Volk“ meint, daß der Vorprung, den die deutsche Diplomatie in der letzten Zeit vor

der Diplomatie der Entente gewonnen hatte, jetzt nach dem russischen Zwischenfall vom 28. Dezember als verloren betrachtet werden müsse. Und das gleiche müsse gesagt werden von der Politik der deutschen Mehrheitssozialisten, die zu einem nicht geringen Teil die Verantwortung für die Regierungspolitik auf sich genommen hatte. Nicht nur durch die Bewilligung der Kriegskredite, sondern vor allem dadurch, daß sie immer wieder erklärte, die Entente allein sei an der Fortsetzung des Krieges schuld, da sie imperialistische Kriegsziele habe, während die deutsche Regierung von solchen Zielen sich frei halte. Infolge dieser Auffassung kam es zum Bruch mit der Minderheit, die jüngsten Ereignisse bewiesen jedoch, daß die Handlungen der Minderheit keineswegs von Eigenstimm und sektiererischer Absonderungslust diktiert gewesen seien.

Ueber die augenblickliche Lage der deutschen Mehrheit heißt es dann: „Die Taktik der Mehrheit hat diese Partei in eine aufs äußerste unerfreuliche Stellung gebracht. Ihre eigene jüngste Vergangenheit muß sie bei jedem weiteren Schritt fesseln. Sie kann der Regierung keine Vorwürfe machen, ohne sich selbst ins Gesicht zu schlagen. Noch mehr in die Augen fallend als früher wird die Mehrheit den Forderungen der Minderheit folgen müssen. Um so stärker wird deshalb die Versuchung sein, dafür einzutreten, bei dem einmal begangenen Irrtum zu verharren, um die Regierung zu unterstützen. Nicht zu reden von der Kraft der Elemente in ihrer eigenen Mitte, die in dem vollkommenen Aufgeben der gemachten Eroberungen eine nicht zu verteidigende Benachteiligung der Volksinteressen sehen.“

In einem weiteren Aufsatze soll die Lage der Minderheit untersucht werden. Wir werden auch aus diesem Artikel die hauptsächlichsten Stellen wiedergeben, sobald er in unsere Hände gelangt.

Jugendweihe Otern 1918.

Die Arbeitereltern, deren Kinder am kommenden Otern die Schule verlassen und die ihren Sohn oder ihre Tochter an der Jugendweihe unserer Arbeiterjugend teilnehmen lassen wollen, werden ersucht, schon jetzt die Anmeldungen im Jugendsekretariat, Schilderstraße 5, Hof 2 Treppen, vorzunehmen. Die Jugendweihe findet am 17. und 24. März 1918 im Festsaal des Stadthauses, Klosterstraße, gemeinsam mit der Jugendweihe der freireligiösen Gemeinde statt. Ebenda werden auch die Jugendweihen im Herbst 1918 und zwar am 22. und 29. September abgehalten.

Es sei daran erinnert, daß irgendein gesellschaftlicher Zwang zur Teilnahme am Konfirmandenunterricht und an der Konfirmation nicht besteht. Arbeitereltern, die kein inneres Band mehr mit der Kirche verbindet und die vielleicht auch schon das äußere Band mit der Kirche gelöst haben, werden den Wunsch haben, ihren Kindern beim Eintritt ins Leben eine Feier zugänglich zu machen, die ihrer Überzeugung und ihrer Weltanschauung entspricht. Eine solche Feier ist unsere Jugendweihe. Es ist selbstverständlich, daß die Teilnahme an unserer Jugendweihe die Teilnahme an einer kirchlichen Konfirmation ausschließt. Die Anmeldungen sollen schon jetzt vorgenommen werden, weil den Kindern vor der eigentlichen Jugendweihe Gelegenheit gegeben werden soll, die Grundgedanken unserer freien Weltanschauung, soweit das ihrem jugendlichen Verständnis angepaßt ist, kennen zu lernen.

Alles Nähere wird bei der Anmeldung bekannt gegeben, die wir recht bald vorzunehmen bitten.

Arbeiter-Bildungsschule.

Schilderstraße 6. Eingang durch die kleine Tür im Eisengitter.

Sonntag, den 20. Januar, findet der zweite Vortrag des Genossen Fritz Kunert über die Kunst des Vortrags statt. Anfang 8 Uhr. Eintrittspreis 20 Pfennig.

Dienstag, den 22. Januar: Zweiter Vortrag des Genossen Eduard Bernstein über das Völkerrecht. (Siehe das untenstehende Programm der zehn Vorträge.)

Mittwoch, den 23. Januar: Zweiter Vortrag im Auktions für Jugendliche: „Von utopischen Sozialismus bis zum „Kriegssozialismus“. Vortragender: Genosse Burm.

Donnerstag, den 24. Januar: Zweiter Vortrag des Genossen Ernst Däumig über die ökonomische und soziale Entwicklung Rußlands.

An diesen Abenden werden noch Anmeldungen für die Kurse entgegengenommen.

Montag, den 28. Januar: Beginn des Kurses des Genossen Emil Eichhorn über: „Die Internationale im Weltkriege.“

Das Wesen und die Fragen des Völkerrechts.

Zehn Vorträge von Eduard Bernstein.

1. Vortrag: Der Begriff und der Ursprung des Völkerrechts. Die Lehre von der Interessengemeinschaft im Völkerrecht.

2. Vortrag: Die Anfänge des neuzeitlichen Völkerrechts: 1. Regeln des Verkehrs der Staaten und die Rechtsgrundlage des Verkehrs der Völker.

3. Vortrag: Das Völkerrecht im Frieden: 2. Die Grundzüge des Völkerrechts in bezug auf Staatshoheit, Staatsgebiet und Staatsvolk.

4. Vortrag: Das Völkerrecht und der Krieg: 1. Die Rechte der Kriegführenden und der Schutz der Nichtkämpfer. Die freiwillige und die auferlegte Neutralität.

5. Vortrag: Das Völkerrecht und der Krieg: 2. Landkrieg, Seekrieg und Luftkrieg nach dem bisherigen Völkerrecht.

6. Vortrag: Die Erschütterungen des Völkerrechts durch die Lehre vom Völkerkrieg.

7. Vortrag: Die deutsche Rechtswissenschaft und die Ethik im Völkerrecht.

8. Vortrag: Das Schiedswesen im Völkerrecht und das Werk vom Haag.

9. Vortrag: Die Weiterbildung des Völkerrechts im Sinne der modernen Demokratie. Das Problem der völkerrechtlichen Exekution.

10. Vortrag: Die internationale Sozialdemokratie und das Völkerrecht. Der Völkerbund und die Rechte der Völker.

Aus den Organisationen.

Stralau. Der Frauen-Leseabend findet am Montag, den 21. Januar 1918, abends 8½ Uhr, bei Franz Schulz Markgrafendamm 6, mit Vortrag statt und erwartet allseitigen Besuch.

Treptow - Baumshuldenweg. Für den Ortsteil Treptow findet der Frauenleseabend schon am Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 Uhr, bei Scholz, Gräbstr. 49, statt. Tagesordnung: Vortrag und Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet.

Der Vorstand.

Brandenburg a. S. Hier tagte am 9. Januar die erste Mitgliederversammlung im neuen Jahre. Gen. Schulze erstattet den Kasfenbericht, der mit einem Bestand von 83,25 Mk. abschließt. Mit Rücksicht auf den schwachen Besuch und das durch Nacharbeit notwendig gewordene Fehlen der Revisoren wird der Bericht der nächsten Versammlung wieder unterbreitet. Neu- und Ergänzungswahlen brachten folgendes Resultat: Vorstandsbekannter Genossin Müller und Genosse Pöetlich. Als Zahlstabsleiter beauftragt: Gen. Junberg für die 1. Abteilung (Neustadt), Gen. Ernst für die 2. Abteilung (Altstadt). Unter Verschiedenes lenkte Gen. Pöetlich die Aufmerksamkeit auf die letzten politischen Vorkommnisse, besonders die in Breslau-Pitowöl und bei den Regierungsozialisten. Erstere zeigten klar und deutlich, daß die deutsche Arbeiterschaft rein gar keinen Einfluß auf die dortigen Verhandlungen habe. Der Reichstag lebe in einem dauernden Verhandlungszustande und die bürgerlichen Blochbrüder werfen den Abhängigen den Blochbeschluf vor die Füße und lehnen die Einberufung des Plenums ab. Die „Deutsche Zeitung“ denunziere den Legien-Bauerschen „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ als regierungsoffiziell und gibt dazu interessante Einzelheiten aus der Vorgründerversammlung vom 25. Oktober. Herr Duark rufe laut: „Die Bürgerlichen verraten uns“, und der Redakteur Kanold veröffentlicht sogar einen Artikel, in dem er die Frage anwirft: „Sind wir noch Sozialdemokraten?“ Die „Chemnitzer Volksstimme“ warnt ihre Reichstagsfraktion, das „kalte Blut zu bewahren“ und sich zu keinem unüberlegten Schritt hinreihen zu lassen. Die Ausführungen wurden rege diskutiert und wünschten besonders Müller und Reyer den Arbeitsbrüdern das zu unterbreiten, da sie aus der „Brandenburger Bg.“ solches nicht erfahren könnten.

Achtung! Die Genossinnen und Genossen werden darauf hingewiesen, daß die Zahlstabs wie folgt stattfinden: 1. Abt. bei Ma, Kirchhofstraße, jeden ersten Mittwoch im Monat; 2. Abt. bei Speichert, Neuendorferstr., jeden zweiten Mittwoch im Monat.

Quittung.

Für den Pressefonds: Von einem Feldgrauen G. N. 1 Mt. Von O. 2 Mt. W. S. 1 Mt. F. B. 1 Mt. Für Parteizwecke: G. bei Dials 100 Mk. für Kriegsanleihe. Reinickendorf-Ost Ungenannt G. St. u. F. 8 Mk. Niederbarnim. Reinickendorf-Ost Argus-Motoren-Werk 150,20 Mk. von Stadthagen Franzüberschuß zur Reichstagswahl. Landstrm. Kl. 8 Mk. zur Reichstagswahl.

Aus Anlaß meines 70. Geburtstages sind mir von Nah und Fern so viel Anerkennungen der Achtung und Freundschaft zuteil geworden, daß ich dem Einzelnen persönlich nicht danken kann. Ich spreche hiermit allen meinen herzlichsten Dank aus.

Fritz Zubeil.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Dienstag, den 22. Januar 1918, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen in den „Sophienhöfen“, Sophienstr. 17/18 (gr. Saal).

Tagesordnung:

1. Vortrag: „Das Taylorsystem in besonderer Berücksichtigung unserer Branche.“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Regen Besuch erwartet Die Branchenleitung.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

2. Wahlkreis.

Am 21. Dezember starb als Opfer des Weltkrieges durch Unglücksfall unser Mitglied

Franz Münter

Bezirk 185.

4. Wahlkreis.

Am 24. Dezember 1917 fiel im Alter von 87 Jahren unser Genosse, der Tischler

Hermann Philebrunn

Libauerstr. 22, Bezirk 829.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 9. Januar verstarb unser Genosse

Otto Lindner

Rüdersdorferstr. 25, Bez. 806.

Am 12. Januar verstarb unsere Genossin

Auguste Reich

Mitbachstr. 56, Bez. 804.

Am 14. Januar verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Hermann Reusch

Oppelnerstr. 80, Bez. 1841.

6. Wahlkreis.

Am Mittwoch, den 2. Januar, verstarb unser Genosse, der Former

Rudolf Jahlke

19. Abt., Bez. 780.

Die Einäscherung hat am 8. Januar stattgefunden.

Wahlverein Neukölln.

Am 17. Dezember 1917 starb der Genosse

Carl Sprung

22. Bezirk

im Krankenhaus Budow an Herzlähmung.

Ehre ihrem Andenken!

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Donnerstag, den 24. Januar 1918, abends 8 Uhr, im „Lehrer-Vereinshaus“, Alexanderstraße 41:

Fortsetzung der General-Versammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über den Jahresbericht des Vorstandes und Aufsichtsrats. Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht.

Der Vorstand.

R. Junger, O. Schulze, W. Lamm, A. Witus, B. Müller.

Der Eintritt kann nur den eingetragenen Mitgliedern gegen Vorzeigung der braunen Legitimationskarte gestattet werden.

Der Aufsichtsrat.

J. A. F. Güttler.

Die Reichstags-Erfahrungswahl in Niederbarnim.

Eine Konferenz der Parteifunktionäre des Kreises Niederbarnim hat sich am Sonntag, den 13. Januar, mit der Aufstellung eines Kandidaten als Nachfolger für den verstorbenen Genossen Stadthagen beschäftigt. Es lagen vier Vorschläge vor, zu denen die Genossen in den einzelnen Bezirken vor der Konferenz Stellung nehmen konnten. Das Resultat der Abstimmung nach erfolgter Aussprache ging dahin, daß auf den Genossen Dr. Rudolf Breitscheid 151 Stimmen entfielen, während 32 Stimmen für andere Kandidaten abgegeben wurden. Damit ist Genosse Breitscheid als Kandidat der Unabhängigen Sozialdemokratie nominiert.

Genosse Breitscheid ist von der demokratischen Vereinigung zur Partei gekommen. Als Sozialdemokrat hat er sich mit Klarheit und Entschiedenheit zu den Grundsätzen der Sozialdemokratie bekannt und hat daran auch festgehalten, als der Ausbruch des Krieges viele andere in eine Bahn drängte, die je länger je mehr abwärts führte in den Sumpf einer bürgerlich-reformistischen Bewegung. Breitscheid steht auf dem Boden der Unabhängigen Sozialdemokratie, die in ihren Zeitfragen eine selbständige Politik der Arbeiterklasse, unabhängig von den bürgerlichen Parteien und unabhängig von der Regierungspolitik für unumgänglich nötig hält. Die Interessen der Arbeiterklasse verlangen keine Versöhnung und keinen Ausgleich, da sie sich von allen anderen Interessen scharf scheiden. So wie die herrschende Klasse ihre Interessen nach allen Richtungen hin zu wahren bestrebt ist, muß die Arbeiterklasse das gleiche tun. Das kann nur geschehen im Kampf der Klassen gegeneinander. Das war auch der Standpunkt des bisherigen langjährigen Vertreters für Niederbarnim, des Genossen Stadthagen. Ein drittes gibt es nicht, kann es nicht geben, auch nicht während des Krieges, wo insbesondere die ökonomische Ausbeutung des Proletariats nach keiner Richtung hin gemildert worden ist. Und politische Freiheiten fallen der Arbeiterklasse auch nicht in den Schoß, die müssen erkämpft werden in hartem zähen Ringen. Das sollten jedem Arbeiter und Angehörigen der erwerbstätigen Bevölkerung die jetzigen Verhandlungen über die Wahlreform im preussischen Landtag unwiderleglich dartun.

Die proletarischen Wähler im Kreise Niederbarnim können gar nicht anders, als bei der kommenden Reichstagswahl für den Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit wirken und durch ihre Stimmabgabe für diesen Kandidaten ihre Ueberzeugung und ihre Meinung über die politischen Zustände zum Ausdruck bringen.

Unseren tätigen Genossen in Niederbarnim fällt nunmehr die Aufgabe zu, in eine recht lebhafteste Werbetätigkeit für ihren Kandidaten einzutreten.

Zur selben Zeit, da unsere Niederbarnimer Genossen ihren Kandidaten erklärten, berieten auch die Abhängigen über eine Kandidatur der Regierungssozialisten und sie beschloßen, den Arbeitersekretär und jetzigen Vorwärtsredakteur Wiffel als den ihrigen unserem Kandidaten entgegenzustellen.

Der „Vorwärts“ bezieht sich, diese Tatsache in einem Leitartikel besonders zu beleuchten und dabei über Parteiverhältnisse, Spaltung und Einheit der Partei zu falldarn.

Wie sehr der „Vorwärts“ den Tatsachen Gewalt antut, geht schon daraus hervor, was er über die Spaltung der Reichstagsfraktion sagt, indem er schreibt:

„Ein Teil der Mitglieder der Reichstagsfraktion glaubte Gründe zu haben, mit der Haltung der Gesamtpartei während des Krieges unzufrieden zu sein; statt aber in der Partei weiter zu wirken, brach er in der Erregung, die durch die Kriegswirren verursacht wurde, die Disziplin und ging mit gesonderten Abstimmungen und Erklärungen vor. So entstand die von allen aufrichtigen Freunden der Arbeiterbewegung tief beklagte Spaltung.“

Man kann nur im „Vorwärts“ in einem halben Duzend Zeilen eine solche Häufung von Unwahrheit und Heuchelei beisammen finden. Die Vorwärtsleute wissen natürlich sehr gut, daß nicht „in der Erregung, die durch die Kriegswirren verursacht wurde“, sondern aus sehr ernster grundsätzlicher Veranlassung es der damaligen Fraktionsminderheit unmöglich wurde, in der alten Fraktion weiter zu wirken. Also aus sachlicher Notwendigkeit erfolgte der sogenannte „Disziplinbruch“, der, wie wiederum längst bekannt ist, gewissen regierungssozialistischen Draufgängern nicht einmal früh genug kam — wie z. B. auch Herr Ebert erst kürzlich in Elberfeld verraten hat.

Und schließlich ist die Spaltung der Partei überhaupt nur der Politik der sogenannten Mehrheit zu danken, die eben alle sozialistischen Grundsätze in den Wind schlug. Das konnten weite Parteikreise nicht mehr ansehen und deshalb kam, was kommen mußte: Alle, denen der Sozialismus und die Demokratie nicht nur leere Worte sind, trennten sich organisatorisch von Leuten, die den Anspruch verwerfen, als Sozialdemokraten zu gelten.

Der obigen Täuschung der Leser und der Niederbarnimer Wähler folgt im „Vorwärts“ gleich eine zweite:

„Die Unabhängigen betrachten Berlin als ihre Domäne, und sie werden nach ihren Ankündigungen nicht davor zurückschrecken, dem Kandidaten der sozialdemokratischen Partei einen Gegenkandidaten entgegenzustellen. Diese Zersplitterungskandidatur muß im Interesse der Einheit der Arbeiterbewegung auf das entschiedenste bekämpft werden.“

Allerdings sind die Unabhängigen in Niederbarnim so frei gewesen, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, zumal, was der „Vorwärts“ im Interesse seiner Wahlgeschäfte unterschlägt, der Wahlkreis fast einmütig der Politik Stadthagens und der Unabhängigen Partei zugestimmt und die Politik der Regierungssozialisten verworfen hat. Die Eigenkandidatur unserer Partei als „Zersplitterungskandidatur“ zu bezeichnen, kann man danach nur im „Vorwärts“ die freche Stirn haben.

Diese Dreistigkeit wird fast noch überboten dadurch, daß von dem sozialpatriotischen Gegenkandidat geschwindelt wird, er sei der „Kandidat der sozialdemokratischen Gesamtpartei und kein anderer“.

Eine Verrenkung der Tatsachen ist auch in folgenden Sätzen zu lesen:

„Wir verkennen nicht, und wir bedauern es, daß unsere Gegner in Niederbarnim in mancher Beziehung Wind und Sonne gegen sich haben. Vor allem, ihnen fehlt ein täglich erscheinendes Organ. Aber es muß daran erinnert werden, daß die sozialdemokratische Partei selbst bereit war, den Unabhängigen ein solches Organ zu schaffen, und daß es die Unabhängigen waren, die in unbegreiflicher Verblendung diesen Plan hintertrieben. Im Herbst 1916 schlug der Parteivorstand den schon im Auseinandergehen begriffenen Parteien vor, den „Vorwärts“ unter sich zu teilen. An Stelle des „Vorwärts“ sollten zwei Tageszeitungen erscheinen, von denen eine das Organ der Gesamtpartei, die andere das Organ der mit der Haltung der Gesamtpartei unzufriedenen Berliner sein sollte. Wären diese damals auf den Vorschlag eingegangen, so hätten sie heute die auch uns erwünschte Gelegenheit, ihre von der unseren abweichende Meinung in einem täglichen Blatt verfechten zu können. Unverständlicherweise haben sie es nicht getan.“

Damit soll der Vorwärtsraub bemäntelt werden. In Wirklichkeit ist der Vorschlag auf Zerteilung des „Vorwärts“ gelegentlich so aus dem Handgelenk heraus von einem Mitgliede des Parteivorstandes gemacht worden, ohne daß ihm selber klar war, ob der Vorschlag durchführbar sei und es sollte erst später darüber eingehend gesprochen werden.

Diese Aussprache wurde gar nicht erst abgewartet, obwohl ein Gegenvorschlag der Berliner Genossen vorgelegt war. Man kann zu gar keinem anderen Ergebnis kommen als zu dem, daß der Vorschlag gar nicht ernst gemeint war. Zudem würde sich ergeben haben, daß auf Grund besonderer ergangener Bestimmungen, nach denen neue Blätter während der Kriegszeit nicht erscheinen dürfen, die vorgeschlagene Zerteilung in diese Bestimmung gefallen wäre. Im übrigen hatten die Berliner Genossen gar keine Veranlassung, ihr Blatt, das sie mit großer persönlicher Aufopferung in die Höhe gebracht hatten, so ohne weiteres dem regierungssozialistischen Parteivorstand auszuliefern. Alle Redensarten werden an der Tatsache nichts ändern, daß den Berliner Genossen ihr Blatt, der „Vorwärts“, in schönster Weise geraubt worden ist und zwar unter Bruch von Treu und Glauben.

Von dem Kandidaten Wiffel wird gesagt: Wiffel sei ein entschiedener Vertreter der Arbeiterinteressen, und als solcher steht er mit seiner Ueberzeugung auf dem Standpunkt, daß sich die Interessen der Arbeiterklasse von denen des Gesamtvolkes in einem Weltkrieg nicht trennen lassen, sondern auch die Arbeiterklasse an der Verteidigung des Landes mitinteressiert ist. Für den raschen Abschluß des Massenmordens und gegen seine Verlängerung durch Annexionspläne tritt er mit uns mit der gleichen Entschiedenheit ein.

In Wirklichkeit vertritt Wiffel, der im Zentralarbeitersekretariat der Generalkommission und im „Vorwärts“ angestellt ist, die Politik der Generalkommission, die durch den Beschluß vom 4. August 1914 und in der Schaffung des Hilfsdienstgesetzes ihren höchsten

Triumph feiert. Eine solche Politik ist aber den Interessen der Arbeiterschaft schädlich. Die Politik der Regierungssozialisten muß für die Kriegssorgen verantwortlich gemacht werden und sie hat unfehlbar zur Verlängerung des Krieges das ihrige beigetragen. Diese Politik hat in eine Sackgasse geführt, aus der die Herren Regierungssozialisten nicht mehr herauskommen können. Die Wähler des Kreises Niederbarnim haben bei der Erfahrungswahl Gelegenheit, ihrer Meinung über die Schädlichkeit dieser Politik durch die Wahl des Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie klar und unzweideutig zum Ausdruck zu bringen.

Bei den letzten Wahlen im Januar 1912 wurden für den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, den verstorbenen Vertreter des Kreises, Artur Stadthagen, 92 559 Stimmen abgegeben. Die Reichspartei erzielte 20 078 Stimmen, der Fortschritt 13 501, das Zentrum 2394 Stimmen.

Wie die J. K. gehört haben will, beabsichtigen auch die Fortschrittler und Konservativen in den Wahlkampf einzutreten. Beide haben freisiegelfähige Kandidaten in Aussicht, die Fortschrittler einen Staatsarbeiter, die Konservativen einen Oberbürgermeister.

Demokratie und Diktatur.

Von Karl Kautsky.

I.

Die Sozialdemokratie ist, wie schon ihr Name besagt, eine demokratische Partei. Sie will ihre sozialen Ziele mit den Mitteln der Demokratie erreichen. Jedoch proklamiert sie auch die Diktatur des Proletariats als Mittel, den Sozialismus durchzusetzen. Stehen diese beiden Methoden nicht in Widerspruch zu einander?

Diese Frage ist akut geworden durch das bolschewistische Regime in Russland. Es ist heute in Deutschland nicht leicht, zu einem abschließenden Urteil über die neueste Waise des Bolschewismus zu gelangen. Es fehlt zu sehr an ausreichenden und zuverlässigen Nachrichten. Sicher müssen wir auf das lebhafteste wünschen, daß ihr Wirken Erfolg hat, denn sie haben, obwohl sie nur eine Fraktion des russischen Sozialismus repräsentieren, doch dessen ganze nächste Zukunft, ja die der russischen Demokratie überhaupt von sich abhängig gemacht.

Damit ist jedoch nicht gesagt, daß wir deshalb die bolschewistischen Methoden unbedenken zu verherrlichen haben. Im Gegenteil, je verhängnisvoller nicht bloß für den russischen, sondern den internationalen Sozialismus jeder falsche Schritt werden kann, den sie tun, um so mehr ist es unsere Pflicht, sie zu warnen, wenn wir vermeinen, sie seien im Begriff, einen solchen Schritt zu vollziehen. Wir haben uns ihnen gegenüber durchaus nicht jeder Kritik zu entäußern und uns keineswegs in blinde Apologeten zu verwandeln.

Zweiterlei dürfen allerdings die Bolschewiki von uns verlangen: einmal, daß unsere Kritik keine gehässige, und dann, daß sie vorichtig sei, sich nur auf verbürgte Tatsachen stütze, nicht jedes Gerücht sofort für bare Münze nehme. Ehe wir aber zu ihrem Vorgehen Stellung nehmen, müssen wir uns klar geworden sein über unseren eigenen Standpunkt, und da kommt jetzt vor allem die Frage des Verhältnisses von Demokratie und Diktatur in Betracht.

Als Marxisten erkennen wir kein Naturrecht an. Wir begründen die Demokratie nicht auf die ewigen Menschenrechte, sondern auf das Wesen und die historischen Aufgaben des Proletariats. Wir sind Sozialdemokraten auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes, um diesen zur Befreiung des Proletariats zu führen, die die Befreiung jeder unterdrückten und ausgebeuteten Menschenschicht überhaupt in sich schließt.

Das Proletariat muß sich selbst befreien, es hat von keiner anderen Klasse dabei Hilfe zu erwarten. Um seine intellektuellen und organisatorischen Kräfte zu erhalten, dazu bedarf es der Demokratie. In der Demokratie treten auch die Gegensätze der Klassen an unverhülltesten zutage.

Wie jeder Klassenkampf ist der des Proletariats ein politischer Kampf. Die wirksamste politische Waffe des Proletariats ist seine Masse. Um sie zur Geltung zu bringen, bedarf es wieder der Demokratie.

Wo es unter der Demokratie nicht zur Herrschaft kommt, rührt das entweder daher, daß es noch nicht zahlreich genug ist, daß es noch nicht die Mehrheit der Bevölkerung umfaßt, daß noch die besitzenden Klassen überlegen. Oder daher, daß große Teile der arbeitenden Klassen noch geistig unselbständig sind, sich von den bürgerlichen Parteien nachführen lassen, oder endlich daher, daß unter denjenigen seiner Teile, die ein selbständiges Klassenbewußtsein gewonnen haben, viele noch an ihrer Kraft zweifeln und glauben, mehr zu erreichen, wenn sie an das Wohlwollen bürgerlicher Elemente appellieren, als wenn sie den rücksichtslosen Klassenkampf führen.

Wenn in solchen Fällen die Demokratie versagt, so beweist das nicht ihre Nutzlosigkeit, sondern nur die Unreife des Proletariats oder der Verhältnisse, unter denen es sich betätigt. Wir werden dadurch nicht der Pflicht enthoben, überall und unter allen Umständen die Demokratie hoch zu halten.

Wie stehts nun mit der Diktatur? Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht, sagt Marx im „Kapital“. Er spricht dabei nicht von Wort und Totschlag, sondern von „der Staatsmacht, der konzentrierten und organisierten Gewalt der Gesellschaft“, die von einer neu-aufkommenden Klasse erobert und sich dienstbar gemacht wird. Wie das andere Klassen vor ihm taten, soll es nun das Proletariat tun und so seine „Diktatur“ herbeiführen.

Doch diese Gewalt soll sich nicht gegen die Volksmasse richten, sie soll vielmehr aus ihr hervorgehen. Sie soll die Demokratie nicht aufheben, sondern vollenden. Mit dem Grundsatz der Demokratie verträglich soll sehr wohl Anwendung von Gewalt der Mehrheit gegen eine Minorität, die als herrschende Klasse im Staat, auf ihre Machtmittel gestützt, den Massen die Bewilligung demokratischer Rechte verweigert, oder gegen eine Minorität, die durch Gewalttaten eine bestehende Demokratie umzuführen und die Volksmasse rechtlos zu machen sucht. Die Sozialdemokratie lehnt in solchen Fällen die Anwendung von Gewalt gegen Gewalt keineswegs prinzipiell ab. Wir sind nicht Tölpel. Die Anwendung der Gewalt zur Abwehr eines gewalttätigen Angriffs auf bestehende demokratische Errungenschaften erscheint uns nicht nur als Recht, sondern geradezu als Pflicht gegenüber der Demokratie. Die Anwendung von Gewalt zur Erringung eines vorerhaltenen Volksrechts wird von diesem Standpunkt aus zu einer Frage bloßer Zweckmäßigkeit. Man lehnt die Gewalt dort ab, wo sie keinen Erfolg verspricht. Denn ein Mißerfolg stürzt gewöhnlich den Gegner.

Eine demokratische Partei, also auch eine sozialdemokratische, kommt aber in eine ganz falsche Position, die sie und das Proletariat aufs äußerste gefährdet, wenn sie einmal als Minderheit durch eine Verkettung günstiger Umstände aus Staatsrunder kommt und dahin trachtet, sich gegen den Willen der Volksmehrheit durch Verkümmern oder Vergewaltigung der Demokratie zu behaupten. Sie mag damit Augenbildsvorteile erringen, sie läßt aber dabei den Akt ab, auf dem sie sitzt, zerstört die wichtigste Vorbedingung der Sphärenentwicklung und Kräftigung des Proletariats.

Wo eine sozialdemokratische Regierung nicht die Mehrheit des Volkes für sich gewinnt, bezeugt das entweder, daß sie fehlerhaft operiert oder die Verhältnisse für den Sozialismus noch nicht reif sind. Nicht nur in dem einen, sondern auch in dem anderen Falle droht dem Proletariat große Schädigung, wenn sie versucht, sich auf Kosten der Demokratie gewalttätig durchzusetzen. Sie muß entweder trachten, eine breitere Basis zu gewinnen, indem sie sich mit anderen demokratischen Schichten verbündet und ihre Politik danach einrichtet. Oder aber, wenn sie eine Koalition mit nichtproletarischen Parteien verwirft — und eine solche unterliegt für eine proletarische Partei stets großen Bedenken — dann muß sie es verstehen, in geeigneter Weise, ohne Erschütterung der Demokratie anderen demokratischen Elementen, die die Volksmassen hinter sich haben, Platz zu machen, und diesem demokratischen Regime gegenüber die Rolle einer überwachenden und vorwärtstreibenden Macht zu übernehmen.

Die Diktatur des Proletariats kann erfolgreich nur wirken als Herrschaft der Volksmehrheit über eine Minorität, sie bedroht uns mit den traurigsten und verderblichsten Verirrungen, wenn sie sich als Herrschaft einer Minorität über die Masse darbieten will.

Die Sozialdemokratie ist stets und unter allen Umständen für das allgemeine, gleiche Wahlrecht, sowie für das Frauenwahlrecht eingetreten, obwohl das eine wie das andere in den meisten Fällen anfänglich reaktionäre Tendenzen begünstigt. Nicht der Augenbildserfolg, sondern der schließliche Erfolg ist für uns entscheidend. Wir überlassen den bürgerlichen Parteien die Politik, jede dieser Einrichtungen dort zu fordern, wo sie ihren Vorteil verspricht, und dort abzulehnen, wo sie uns Vorteil bringen würde.

So fordern wir unter allen Umständen die Abhängigkeit der Regierung vom Parlament, auch dort, wo dieses eine reaktionäre Mehrheit enthält, wie z. B. der jetzige deutsche Reichstag. Natürlich erstreben wir damit nicht die Allmacht des Parlaments, sondern seine Abhängigkeit vom Volke, die um so größer, je umfassender das Wahlrecht und je kürzer die Legislaturperioden. Ist das Parlament in freier Wahl gewählt, dann haben die Wähler alle Ursache, zu verlangen, daß die von ihnen Gewählten als ihre Vertreter das Recht haben, die Regierung zu ernennen und zu überwachen. Das umgekehrte Verhältnis, daß eine Regierung, oder sonst eine gerade an der Macht befindliche Körperschaft sich über das Ergebnis der freien Wahl hinwegsetzt und es nach ihrem Gutdünken korrigiert, wenn es ihr nicht paßt, bedeutet stets das Grab der Demokratie, auch dort, wo die Regierung fortschrittlicher gesinnt ist als das Parlament, und sie dessen Immunität im Interesse des Fortschritts antastet.

III.

Freilich kommt ein sozialistisches Regime bisher nur in Betracht für revolutionäre Zeiten, und da liegen die Dinge oft sehr verwickelt, sind nie so einfach wie in der Theorie. In revolutionären Zeiten sind alle politischen Kämpfe zunächst solche von Minoritäten gegen andere Minoritäten. Erst allmählich zeigt sich, hinter welcher der kämpfenden Minoritäten die Volksmasse steht. In dieser selbst überwiegen oft die Elemente, die mehr durch Stimmungen als durch klare Erkenntnis bewegt werden und die in revolutionären Zeiten noch mehr schwanken als sonst. Da läßt sich nicht immer leicht entscheiden, wenn eine Partei zu Gewaltmaßnahmen greift, ob damit die Mehrheit der Bevölkerung vergewaltigt oder der Gewalt einer Minorität begegnet wird, die im Gegensatz zur Mehrheit die Herrschaft erringen oder behaupten will.

Aber so schwer auch oft in der revolutionären Praxis die beiden Methoden der Gewaltanwendung sich trennen lassen, in ihren Wirkungen sind sie jedenfalls grundverschieden. Die einen können unerlässlich sein, eine Revolution der Volksmasse, also eine demokratische Revolution, zu befestigen. Die anderen führen, selbst bei großen anfänglichen Erfolgen, dahin, die Revolution selbst zu untergraben.

Eine sozialistische revolutionäre Regierung kann in Gegensatz zur Volksmehrheit entweder deshalb geraten, weil diese zu unwissend ist, sie zu begreifen,

oder weil die ökonomische Grundlage noch eine so rückständige ist, daß die sozialistischen Eingriffe das Wirtschaftliche nicht fördern, sondern hemmen und dadurch Not und Elend freigen, die der Sozialismus befechten will. Der eine wie der andere dieser Mängel wird nicht verbessert, sondern gesteigert, wenn das revolutionäre Regime die Opposition gewalttätig durch Einschränkung der Demokratie niederzubalgen sucht. Es mag schließlich, nicht als Opfer überlegener Gewalt, nicht mit der Glorie des Märtyrers, der seine Überzeugung über alles setzt — eine Glorie, die anfeuernd auf die nachkommenden Geschlechter wirkt —, sondern mit dem Fluche beladen, um der Herrschaft willen die Grundsätze verleugnet, Not und Elend vermehrt, die Demokratie zerstört zu haben. Die triumvirierende Reaktion braucht diese nicht mehr über den Haufen zu werfen, sie kann zur Niederwerfung der Revolution die Methoden fortsetzen, die die revolutionäre Minderheit zur Rettung der Revolution angewandt.

Beugt sich dagegen eine revolutionäre Regierung vor der Demokratie auch dann, wenn diese sich gegen sie ausspricht; proklamiert sie die Erhaltung der Demokratie als höchstes Gesetz, dann mag sie unter Umständen, wenn die Volksmehrheit reaktionär gesinnt ist, der Reaktion Platz machen müssen, aber diese findet eine unerschütterte demokratische Basis vor, der sie sich anpassen muß und die es der Revolutionären ermöglicht, in wirksamer Weise das Ringen um die Volksseele fortzuführen und so den neuen Aufstieg der revolutionären Sache anzubahnen.

Das Streben nach der Diktatur des Proletariats braucht also keineswegs eine auch nur vorübergehende Aufhebung der Demokratie zu bedeuten.

IV.

In ihren Anfängen stand freilich die Idee der proletarischen Diktatur in einem Gegensatz zur Idee der Demokratie. Diese setzt Interesse breiter Volksmassen für die Staatspolitik voraus. Das fehlte lange, auch noch während des 19. Jahrhunderts in Westeuropa. Alles politische Leben konzentrierte sich in den Hauptstädten, den Sitzen der Regierungsgewalt. Dort nahmen auch die Volksmassen an der Staatspolitik teil, dort begann zuerst das Proletariat politischen Einfluß zu üben.

Das galt namentlich für das zentralisierte Frankreich mit der Metropole Paris, die eine Welt für sich war. Paris beherrschte Frankreich. Paris zu erobern durfte das Proletariat am ehesten hoffen. Doch auch das Proletariat der Hauptstadt war in den Anfängen der proletarischen Bewegung noch zu unwissend, als daß man erwarten konnte, es könnte die Verwaltung des Staates übernehmen. Es sollte bloß die Machtmittel des Staates erobern, um sie in die Hände einer Organisation von Revolutionären oder gar nur eines einzelnen zu legen, die dann als Diktatoren die soziale Revolution durchzuführen hätten.

So erwartete z. B. Weitling in seinen „Garantien der Harmonie und Freiheit“ von der kommenden Revolution die Einsetzung eines Diktators:

„Dieser wird ein zweiter Messias sein, größer als der erste... Er wird den morischen Ban der alten gesellschaftlichen Ordnung zertrümmern, die Tränenquellen in das Meer der Vergessenheit leiten und die

Die Kartoffel in der Volksernährung.

Von Dr. med. S. Drucker.

Die Nahrungsmittel, die die tägliche Kost des modernen Menschen bilden, stammen aus fernem, grauer Vorzeit. Wohl hat sich ihre Zubereitung im Wandel der Jahrtausende geändert, doch die Art der aufgenommenen Nahrung ist im ganzen die gleiche geblieben. Von Fleisch und Fisch lebte schon der Mensch am Fuße der Eisalpen, Getreidekörner verwertete man bereits in der jüngeren Steinzeit — wenn auch die Herstellung des Brotes erst später gelang — und Hülsenfrüchte aßen unsere Vorfahren, als sie noch in Pfahlbauten über den Seen hausten. Nur ein einziges, heute fast unentbehrliches Nahrungsmittel hat die Neuzeit den uralten, aus der Menschheit Kindheitstagen überlieferten hinzugefügt: die Kartoffel. Erst im 16. Jahrhundert erschien sie auf unserem Erdteil, aus ihrer Heimat Südamerika bei uns eingeführt, als Handelsbeziehung zwischen der neuen Welt und dem Südwesten Europas sich angebahnt hatten. Es dauerte ziemlich lange, bis sie, der Fremdling, der Spätergekommenen, im Wettbewerb mit den einheimischen, altbekannten Bodenerzeugnissen sich durchsetzte. Wahrscheinlich hat zu der langsamen Ausbreitung der Kartoffel auch der Umstand beigetragen, daß man vielfach ihren Anbau, ihre Ernte und Verwendung nicht genügend verstand; sind doch wie berichtet wird, oft die noch unreifen Knollen und die kleinen, aus der Blüte hervorgegangenen Früchte verzehrt worden. Um 1700 herum taucht die Kartoffel in Chemnitz auf, 1740 kommt sie nach der Provinz Brandenburg, darauf erst nach Nord- und Süddeutschland. In unserem Vaterland hat sie sich bald eingebürgert; denn die Hungernöte und Missernten, die den schlesischen Kriegen folgten, hatten für eine günstige Aufnahme gesorgt. In Deutschland ist auch der Kartoffelbau von allen europäischen Staaten am meisten gepflegt und entwickelt worden. Ein Acker der gesamten Ackerfläche, 9% Millionen Hektar dienen bei uns der Kartoffelerzeugung und 450 Millionen Doppelzentner wurden 1914 auf diesem Boden eingesammelt. Allerdings kommt immer nur ein Bruchteil der Ernte der menschlichen Ernährung zugute; im Jahre 1913 ist es ungefähr ein Fünftel des Gesamtertrages gewesen; mehr als doppelt so viel wurde an Tiere verfüttert; 7 Prozent wandelten die Brennereien in Alkohol um und 3 Prozent verarbeiteten die Stärkefabriken. Während des Krieges ist zwar der Grundbesatz aufgeschwellt worden, möglichst viel Kartoffeln für den menschlichen Konsum aufzubehalten, vor allem die Verfeinerung noch genießbarer Kartoffeln in einzuschranken, aber alle Mahnungen und Verordnungen haben offen-

bar wenig genützt: Die vorher wanderten auch in den Kriegsjahren mehr Kartoffeln in den Viehstrog als in den Kochtopf.

Dauerte es sich nur um irgend ein nährstoffarmes Gewächs, das von den Tieren besser verdaut und verwertet wird als von den Menschen, etwa Krautblätter oder Kohlrüben, man brauche dem lieben Vieh sein Futter nicht zu misshandeln. Aber die Kartoffel ist ein hervorragendes, für den Menschen vorzüglich geeignetes Nahrungsmittel: Gewiß hat sie nicht den Wert der Körner und Hülsenfrüchte, die als Samen die Nährstoffe in konzentrierter Form enthalten, immerhin liefert sie dem Organismus ganz ansehnliche Mengen nährender Substanzen. Ihr Hauptbestandteil ist die Stärke, die im Verdauungskanal in Zucker übergeführt und als Kraft- und Wärmepender gebraucht wird; gegen 20 Gewichtsanteile entfallen auf diesen Nährstoff. Von Eiweiß sind nur ein bis zwei Prozent vorhanden, vom Fett und von Nährsalzen nur Spuren. Die Bedeutung der Kartoffel für die menschliche Ernährung liegt demnach in erster Linie in ihrem Reichtum an zuckerbildendem Material. Eine ähnliche einseitige Zusammensetzung, das selbe Vorherrschende eines Nährstoffes, kennzeichnet das wichtigste tierische Nahrungsmittel, das Fleisch; nur birgt dieses ebenfalls Eiweiß, wie die Knochenfrucht Stärke, Fleisch und Kartoffel sind also vom chemisch-physiologischen Standpunkt betrachtet, Gegensätze, sie sind die Träger ganz verschiedener Nährstoffe und finden infolgedessen im Haushaat des menschlichen Körpers auch eine verschiedene Verwertung. Dagegen erfüllt das Brot im Organismus ähnliche Aufgaben wie die Kartoffel, weil es die Nährstoffe ungefähr in demselben Verhältnis wie jene aufweist. Doch es besitzt von jeder Art mehr als doppelt so viel und hat darum einen entsprechend höheren Nährwert als die Kartoffel.

Die Rolle, die die Kartoffel als Nahrungsmittel spielt, hängt von der sozialen Stellung des Verzehrers ab: Je größer die Wohlhabenheit, um so geringer der Kartoffelverbrauch, und umgekehrt. Auf dem Teller des reichen Mannes bildeten wenigstens in Friedenszeiten die Kartoffeln, schon gepulvt und abgerundet, nur eine schmale Einfassung des Brotes, sie waren hauptsächlich dazu bestimmt, die fetten Saucen verdaulich zu machen, sollten aber weder sättigen noch nähren; — sie konnten es auch in dieser kleinen Menge gar nicht! Im Hause des Proletariats dagegen war und ist die Kartoffel neben dem Brot das wichtigste Gericht, das Hauptfüllungsmittel des hungrigen Magens. Kein Mittagmahl ohne die Kartoffelschüssel. Dort, wo drückende Armut zur äußersten Einschränkung aller Ausgaben zwingt, z. B. in den verelendeten

Bezirken Oberschlesiens, Irlands, vertritt die Kartoffel alle anderen Nahrungsmittel und kommt in ewigem Einerlei zu jeder Mahlzeit auf den Tisch, morgens, mittags und abends.

Der reichliche Kartoffelgenuss erfreut sich im Volke keines guten Rufes. Man sagt ihm nach, daß er zur Unterernährung führt, weil die Bedürfnisse des Körpers nur mangelhaft gedeckt werden, daß die mäßigen Portionen den Magen erschaffen und die bei der Verdauung einfließenden Gährungen den Darm blähen. Ein hart aufgetriebener Leib, häufig absteigend von dem abgemagerten Rumpf, der sogenannte Kartoffelbauch, wird allgemein als Folge einer solchen unzulänglichen und unzutraglichen Ernährungsweise angesehen. Die vorurteilslos prüfende Wissenschaft hat die Haltlosigkeit dieser Anschauungen bewiesen. Es ist nicht richtig, daß die Kartoffeln nur in Form kleiner Beigaben zu anderen Speisen gut verdaut werden, aber in größeren Mengen den Körper gefahren. Sie stellen vielmehr auch als selbständige Gerichte, anstatt anderer, sogar pfundweise genossen, eine durchaus vollwertige, beförmliche Nahrung dar. Selbst einen schwerarbeitenden Menschen erhalten sie voll leistungsfähig; alle ihre Nährstoffe werden bis auf geringe Reste ausgenutzt, darmreizende Mischstände bleiben nicht übrig. Wenn in den unteren Schichten des Proletariats bei überwiegender Kartoffelernährung häufig Auszehrung und Abnahme der Körperkräfte eintreten, so liegt es daran, daß noch zu wenig Kartoffeln verzehrt werden; denn da sie weniger nahrhaft sind, als die Nahrungsmittel, die sie ersetzen sollen, wie Brot, Hülsenfrüchte, Fett usw., müssen von ihnen doppelt und dreifach so große Portionen wie von jenen aufgenommen werden. Sind dazu noch die Kartoffeln nicht gar gekocht, werden sie häufig in ungefaulen Stücken veruntermischungen, neben saurem, grobem Brot verzehrt, dann werden allerdings an die durch die ungenügende Ernährung schon geschwächten Verdauungsorgane zu große Ansprüche gestellt, das Genossene wird nur zum Teil ausgenutzt, der Darm wird gebläht, und so entstehen jene Elendsgestalten, an denen man bisher die Schädlichkeit einer reichlichen Kartoffelnahrung hat erkennen wollen.

Es ist das Verdienst des dänischen Arztes Hindvede, als erster durch das Experiment nachgewiesen zu haben, daß eine fast ausschließlich aus Kartoffeln bestehende Kost auch für körperliche und geistige Schwerarbeiter ausreichend sein kann. Seine Versuchsperson, ein 23jähriger, in der Gärtnerei angelegentlich tätiger Mann, hat im ganzen gegen 300 Tage täglich von 2 bis 4 Kilogramm Kartoffeln und 1/4 bis 1/2 Pfund Margarine gelebt, und sich dabei dauernd bei bestem

Erde in ein Paradies verwandeln... Die Gewalt aber, die ihm verliehen wird, er nicht eher aus den Händen lassen, bis das kühne Werk vollbracht ist.

Weniger mißfällig deuten die Blauen auf ein Aber auch sie erstreben die Diktatur, wenn schon nicht eines Einzelnen, so doch einer Minderheit im Staate.

Marx und Engels wurden durch den Blanquismus anfangs stark beeinflusst, wenn sie ihn auch von vornherein kritisch gegenüberstanden. Die Diktatur des Proletariats, die sie anstrebten, trug zunächst sehr viele blankeitliche Züge. Aber je länger sie die Entwicklung beobachteten, desto klarer erkannten sie, daß eine proletarische Revolution nicht das Werk von Minoritäten sein könne. Engels hat darüber gehandelt in seiner letzten Publikation der befangenen Vorrede zu der Marxschen Schrift über die „Klassenkämpfe in Frankreich“, wo er sagt, daß er und Marx schließlich zu dem Resultat kamen:

„Die Zeit der Ueberwälzungen der von kleinen, bemuteten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführter Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, müssen begriffen haben, wozu es sich handelt, für was sie eintreten sollen. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt.“

Nur dort wo die Volksmehrheit im ganzen Staate, nicht bloß einzelnen Großstädten hinter uns steht, können wir, wenn wir einmal die politische Macht erobert, uns behaupten. Die Bedingungen dafür sind nicht überall und jederzeit gegeben, doch sind sie überall in rascher Zunahme begriffen. Die eine dieser Bedingungen besteht darin, daß die Masse der Bevölkerung proletarisiert ist. Das ist ein Zustand, der durch die kapitalistische Entwicklung ohne unser Zutun geschaffen wird. Doch damit ist nicht abgetan! Es gehört noch die zweite Bedingung dazu: die erforderliche Kampffähigkeit des Proletariats, eine gewisse Höhe seiner Organisation, seiner Intelligenz, seines Kraftgefühls. Sie erstreckt aus dem Klassenkampf, um so rascher, je intensiver er vor sich geht. Sie kann in revolutionären Zeiten sprunghaft wachsen.

Durch diese Beziehungen des proletarischen Klassenkampfes zur Revolution wird er über das Niveau eines bloßen Strebens nach mehr Lohn und weniger Arbeit emporgehoben, mit einem idealen Inhalt erfüllt, indes gleichzeitig die Revolution aufhört, das einmalige Abenteuer eines Verschwörerknubs zu sein. Sie wird zum unvermeidlichen Endergebnis der alltäglichen Kämpfe und Kämpfe der proletarischen Masse nach Verbesserung.

Der Marxismus bedeutet die Vereinigung der Arbeiterbewegung mit dem Sozialismus, der Reform mit der Revolution. So zeigt er auch den Weg zur Versöhnung der Diktatur des Proletariats mit der Demokratie. Diese wie jene bedeutet in einem entwickelten modernen Staat die Herrschaft der Klassenbewußten Volksmassen über eine Minderheit von Ausbeutern.

Wo es aber in einem ökonomisch rückständigen Staat zu einer demokratischen Revolution kommt, ehe noch die Bedingungen für eine Diktatur der Volksmehrheit gegeben sind, muß die Idee der proletarischen Diktatur weichen vor der Idee der Demokratie, darf das Proletariat sich nur zur Geltung zu bringen suchen

Wohlfühl und uneingeschränkter Arbeitsfähigkeit befunden. Gindesche hat dann denselben Versuch fast drei Monate lang an sich selbst wiederholt — täglich 1 1/2 Kilogramm Kartoffeln und 140 Gramm Margarine —, ohne auch nur den geringsten Nachteil zu verspüren! Er spottet über die, die noch an den „Kartoffelbauch“ glauben, und verweist auf den Irlander, der trotz reichlicher Kartoffelkost eine so große Muskelkraft entwickelt, daß ihn die Amerikaner mit Vorliebe als Schutzmännchen anstellen; er erinnert weiter an die Schnitter aus dem Warthebruch, die bei Kartoffeln und Weizen von Sonnenaufgang bis zum späten Abend die schwerste Arbeit auf den Feldern verrichten. Natürlich kann eine so einseitige Ernährungsweise niemals als Ideal, als Muster für die Praxis des Lebens gelten; sie muß bald Abneigung und Ekel bei allen hervorufen, die nicht gerade über die Willenskraft jenes Forschers und seines Gehilfen und über die Bedürfnislosigkeit jener Landarbeiter verfügen. Aber unabweisbar erhellt aus den Beobachtungen der große Wert der Kartoffel im allgemeinen und im besonderen in Notzeiten.

Wir befinden uns jetzt in einer Periode äußerster Knappheit an Nahrungsmitteln. Einige fehlen vollständig, andere, für die Ernährung recht bedeutsame, wie Fleisch, Käse, Fett, Zucker, sind nur in winzigen Mengen erhältlich. Der Krieg hat uns unter Lebensbedingungen gebracht, die sich wahrhaftig nicht allzuweit von denen des Hundebesides Experimentes unterscheiden. Brot und Kartoffeln sind heute zwar nicht die einzigen, doch jedenfalls die ausschlaggebenden Nahrungsmittel für den Organismus. Die Brotration kann nicht erhöht werden, weil nicht genügend Getreide vorhanden ist; sollte unsere ausgesähten Kartoffelernte nicht wenigstens eine Veranschaulichung der Kartoffelration gestalten? Vom ärztlichen Standpunkt ist sie dringliche Notwendigkeit. Das Pfund Kartoffeln, nach Abzug des Abfalls kaum 100 Gramm, kann nie und nimmermehr die lange Reihe von Nahrungsmitteln ersetzen, die während des Krieges ganz oder teilweise aus der Volksernährung ausgeschieden sind. Man hat berechnet, daß die rationierte Nahrung dem Körper noch nicht einmal die Hälfte des erforderlichen Brennwertes liefert. Dieses große Defizit könnten die Kartoffeln wenigstens zum Teil decken. Sie zur Schweinefleisch zu verwenden, bedeutet heute mehr denn je eine Vergewaltigung von kostbarem Nahrungsmaterial. Denn bei diesem Verfahren wird nur der vierte Teil des aufgewendeten Futters in Form von Fleisch und Fett wiedergewonnen. Die Aussicht, statt der verführten Kartoffeln vielleicht ein paar Gramm Fleisch mehr zu erhalten, vermag nicht, den jetzt besonders empfindlichen Lebensmittelmangel zu lindern.

als ein Glied in der Masse der arbeitenden Schichten überhaupt, zu denen nicht bloß die Lohnarbeiter gehören, sondern alle, die von ihrer Arbeit leben, also auch die Kleinbauern.

Man wird das föhliche industrielle Proletariat stets eine machtvolle führende Position einnehmen als die intellektuelle, führende, am weitesten blickende, am besten organisierte, die der Regierungsverwaltung am nächsten stehende Schicht der arbeitenden Massen, als diejenige, der am meisten für die Zukunft erwählt, weil ihr die Zukunft gehört, die die Partei großer Ideale ist, durch die sie mit revolutionärem Enthusiasmus erfüllt und in ihrer Kraft aufs höchste gesteigert wird auch dort, wo die Gegenwart noch nicht bereit ist zur Diktatur des Proletariats.

Das dankbare Unternehmertum.

Gleich nach Kriegsausbruch hatten sich die Führer des Deutschen Transportarbeiterverbandes zu eifrigen Umlernern entwickelt. Ihr Verbandsorgan, der „Courier“, erklärte es damals für notwendig, Antworten für immer in deutschem Besitz zu behalten. Kein alldemisches Organ hat während des Krieges so viel zur Völkerverhebung beigetragen, als der „Courier“. Im vergangenen Jahre haben die Transportarbeiterführer sich eifrig dafür ins Zeug gelegt, daß den Unternehmern in Gestalt des „Gesetzes, betreffend den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte“, ein Geschenk von 1 1/2 Milliarden gemacht werde.

Angehts einer solchen gründlichen Wandlung der Transportarbeiterführer haben sich die Reeder dankbar gezeigt und das bisherige Vorstandsmitglied des Transportarbeiterverbandes, Paul Müller, zum „Beirat“ ihrer Berufsgenossenschaft ernannt. Müller hat sein Amt bereits am 1. Januar angetreten, aber erklärt, daß er seine bisherige parteipolitische und freigewerkschaftliche Betätigung fortsetzen werde. Herr Müller hat nach dem „Courier“ in den letzten Wochen in verschiedenen Hafenorten des Nord- und Ostseegebietes in Seemannsversammlungen Reden gehalten über das Milliarden Geschenk an die Reeder. Es wird berichtet, daß sich „Referent und Versammlung einmütig auf den Boden des Gesetzes gestellt und dessen Schaffung durch den Reichstag freudig begrüßt haben“. Die Versammlungen haben auch die Mitarbeit des Herrn Müller an dem Zustandekommen des Gesetzes freudig und dankend anerkannt. Man hofft, „daß zwischen den koalitierten Reedern und Seeleuten in Deutschland auch für die Folgezeit ein gedeihliches Zusammenarbeiten durch hinreichendes Einigkommen auf beiden Seiten praktisch ermöglicht werden kann und ermöglicht werden wird“.

Im Transportarbeiterverband befinden sich noch mehr Leute, die ebenfalls für den Posten eines Unternehmensekretärs geeignet sind. Im „Courier“ vom 13. Januar 1918 — der also nach dem Ausscheiden Müllers erschienen ist — wird nicht nur auf die unabhängigen Sozialdemokraten, die sich gegen das Milliarden Geschenk an die Unternehmer erklärt haben, sondern auch gegen „Eimmel, Hoch und Genossen aus der Mehrheitsfraktion“, ja sogar gegen den „russischen Milliarden Sammler Parvus“ geschimpft, weil er sich gegen das Reeder Geschenk erklärt hat.

Das Geheimnis der Umlernererei.

Das Direktorium der Scheidemann-Regien-Partei hat den früheren radikalen Vornamensredakteur Heinrich Cunow als Leiter der geraubten „Neuen Zeit“ eingesetzt; der Abhängigen Parteilager in Würzburg hat diese Berufung angeheben. Damit ist Cunow offiziell als theoretischer Vertreter der Umlernererei bestellt worden. Er läßt sich und gebärde sich auch als solcher. Man dürfte daher von ihm eine tief- und tiefste theoretische Begründung der Umlernergrundfrage erwarten — wenn eine solche Begründung überhaupt möglich wäre. Nun hat Cunow einen derartigen Versuch unternommen. Er ist dabei allerdings über einen Versuch des Versuches nicht hinausgekommen.

In der Nummer 13 Bd. 1 der „Neuen Zeit“, 28. Jahrgang, schreibt er über „Partei psychologische Logik“. Den näheren Anlaß dazu bot ihm ein Artikel in der Zeitschrift „Kampf“, in dem nachgewiesen wird, daß sich die Regierungsverwaltung zu Rationalsozialisten entwickelt haben. Ganz mit Recht wird in dem Artikel dargelegt, daß die Scheidemannier bei der politischen Praxis angelangt seien, an die der Begründer des verunglückten Rationalsozialismus, Pfarrer Raumann, bereits vor zwei Jahrzehnten „Wort für Wort“ empfohlen habe. Man braucht nur die Rede Scheidemanns auf dem Würzburger Parteitage nachzulesen und sie mit den Schriften Raumanns und seinen Reden aus der damaligen Zeit zu vergleichen, um die volle Berechtigung jener Behauptung selbst feststellen zu können.

Im „Kampf“ wird dazu bemerkt, die Regierungsverwaltung hätten sich durch die Hoffnung auf Reformen, als Geschenk der Herrschenden für patriotisches Verhalten, sowie durch die Hoffnung auf Bündnisse mit bürgerlichen Parteien, zu dem Abweichen in das Lager der kapitalistischen Regierung verleiten lassen. Das will Cunow nicht wahrhaben. Er wirft die Frage auf: „Wo haben sich denn zu Kriegsbeginn der Arbeiter-schaft die von D. B. (der Verfasser des Artikels im

„Kampf“) erwähnten Möglichkeiten erwiesen? Solche Möglichkeiten erwartete man weder auf der Seite der sogenannten Kreditwilliger noch der Kreditverweigerer“. Daß die Kreditverweigerer derartige Erwartungen nicht hegen, das nimmt schon. Anders aber steht es doch mit den Scheidemannern. Es mag da nur auf die Ausplaudereien H m b r e i t s in seiner Schrift „Die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg“ (S. 20/21) verwiesen werden. Wir vernehmen da folgendes: „Zwei Tage vor der historischen Reichstagsagung vom 4. August 1914 waren die Vertreter der Verbandsverbände zusammengelassen, um über die erforderlichen Maßnahmen zu beraten. Man habe damals mit einer Auflösung der Gewerkschaften und der Beschlagnahme der Rassen gerechnet; diese in Sicherheit zu bringen, sei die größte Sorge gewesen. Eine Unterredung mit Regierungsverweigerern überzeugte davon, daß die Regierung an solche Dummheiten gar nicht denke. Sie war klug genug, die Arbeiterorganisationen nicht drangsalieren zu wollen in der Erwartung, sie als Verbündete an ihre Seite zu bringen. Solches Wohlwollen konnte man natürlich nicht durch Opposition, durch Ablehnung der Kriegskredite, verhindern. Die Regierung hatte richtig kalkuliert; wenn auch nicht die Mitgliedschaften, so doch die Gewerkschaftsvorstände waren überzeugt, daß sie der Regierung keine Schwierigkeiten bereiten dürften; sie boten ihren Einfluß auf, um die Faktion zur Bewilligung der Kriegskredite zu bewegen — und siegen. War es nicht von vornherein die Erwartung auf Reformgeschenke, die die Haltung der Umlerner bestimmte, so doch unzweifelhaft die Absicht, durch Bewilligung der Kriegskredite Maßnahmen gegen die Partei und die Gewerkschaften zu verhindern. Aus kleinlich opportunistischen Erwägungen wurden sozialistische Grundidee preisgegeben, wurde die Internationale gezwungen, der Nationalitätenhaushälterei, der Keim gelegt zu dem hartnäckigen Durchhaltenwollen auf allen Seiten.“

Cunow befreit sich auch, daß die Umlernererei und die Spaltung irgend etwas mit Revisionismus und Radikalismus zu tun haben. Doch wir können es uns ersparen, auf das Negativ der Cunowischen Rechtfertigung der Regierungsverwaltung weiter einzugehen; hier interessiert, was er positiv zur Begründung der Abwendung in das nationalsozialistische Lager zu sagen hat, ob er endlich eine Aufklärung gibt über die Beweggründe der Scheidemannier für ihre Verleugnung der Internationale, der Solidarität, des Proletariats, der Zurückhaltung der proletarischen Klasseninteressen hinter die national-kapitalistischen. Hören wir ihn! Er schreibt:

„So richtig es ist, daß im Grunde genommen die heutige Parteikrise eine theoretische Krise ist und letzten Endes aus einer Differenz der Auffassungen des weiteren sozialen Entwicklungsganges und des sich aus diesem ergebenden taktischen Verhaltens, besonders zum Gegenwärtigen, entspringt, so falsch ist die Behauptung, daß in den Augusttagen 1914, wie später bei der Faktionspaltung, die Scheidung nach theoretischen Gesichtspunkten erfolgt ist. Sie ist vielmehr, wie schon in dem Artikel über den Würzburger Parteitag gesagt hat, eine instinktive oder, wenn dieses Wort weniger anstößig erscheint, eine gefühlsmäßige. Betrachtungen über revolutionäre oder revisionistische Entwicklungsprinzipien haben dabei keine oder höchstens eine ganz nebensächliche Rolle gespielt. Was die Entscheidung bestimmte, was auf der Seite der Mehrheit lange zurückgehaltene Helmat's-, Staats- und Volkszusammengehörigkeitsgefühl — vor allem aber das Gefühl, daß es gelte, alle Kraft zusammenzufassen, um gegen den gewaltigen feindlichen Ansturm den deutschen Boden, das deutsche Wirtschaftsleben zu verteidigen, mit dem, wenn es zertrümmert würde, auch die Basis eines ferneren Aufbaus der deutschen Arbeiterklasse zusammenbrechen würde.“

Also spricht Cunow von einer theoretischen Krise, dann wieder leugnet er, daß theoretische oder revolutionäre Erwägungen bei der Entscheidung in den Augusttagen und später bei der Parteisplaltung mitspielt hätten. Eingangs seines Artikels erklärt er, es sei vordem keine politische Auffassung für die letzte Faktionsmehrheit vorhanden gewesen; dann behauptet Cunow, das längst vorhandene, nur zurückgehaltene Helmat's-, Staats- und Volkszusammengehörigkeitsgefühl habe die Mehrheit gebildet. Das sind Widersprüche, die sich aus der Unklarheit der politischen Haltung der Regierungsverwaltung erklären, aus der Sucht nachträglichen Gründe für eine längst geschehene Tat zu suchen.

Das einzige Positive, was Cunow anzuführen vermag, ist das Helmat's-, Staats- und Volkszusammengehörigkeitsgefühl. Das Schwergewicht ist auf „Staatsgefühl“ zu legen. Das Helmat's- und Volkszusammengehörigkeitsgefühl ist von der Staatsverfassung und Staatszugehörigkeit unabhängig, kann durch einen Krieg nicht vernichtet oder ausgeblendet werden. Cunow hat die drei Begriffe wohl nur darum verbunden, um die extrem-nationalistischen Tendenzen, die sich in dem Verhalten der Scheidemannler ausdrücken, zu vermissen, ihr ein volkstümliches und ethisches Mäntelchen zu schnaidern.

Aus der Bewegung.

Magdeburg. Die Genossen der Unabhängigen Partei in Magdeburg hatten am Sonntag zum ersten Male die Möglichkeit, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, die der Forderung des demokratischen Wahlrechts galt. Allerdings waren gewisse Beschränkungen, u. a. Verbot der freien Diskussion, auferlegt worden. In dem großen Zuschauerraum des Circus hatten sich über 1500 Männer und Frauen eingefunden, die von bester Stimmung besetzt waren. Genosse Reichstagsabgeordneter Bogtner hatte das Referat und legte in einleitendsten Worten, oft von lebhafter Zustimmung unterbrochener Rede die Forderung des Reichstagswahlrechts für die Bundesstaaten für Männer und Frauen, dar. Der Redner kennzeich-

nete zugleich den Wahlrechtskampf als einen Teil des Klassenkampfes und zog die daraus sich ergebenden Schlussfolgerungen auf die Haltung der bürgerlichen Parteien. Seine Ausführungen fanden fürwahr den Beifall. Eine im Sinne des Referats lautende Resolution fand einstimmige Annahme. Vor und nach der Versammlung konnte die U. S. P. eine große Zahl von Aufnahmen neuer Mitglieder verzeichnen und darf sich die gelungene Veranstaltung als vollen Erfolg für die Sache und für die Partei anrechnen.

Aus dem Wahlkreis Hanau-Bodenheim-Gelnhausen-Orb. Sonntag, 13. Januar, fand eine von 38 Genossen und Genossinnen besuchte Vertrauensmännertagung des Kreises statt, in der außer organisatorischen Fragen auch die Pressefrage behandelt wurde. Eine Bezirkskonferenz beschloß die Gründung eines eigenen Organs nach Beendigung des Krieges. Die Mittel sollen durch Anteilsscheine von 20 Mark an aufgebracht werden. Darüber herrschte volle Einmütigkeit. Die Vertreter der Hanauer Kreisleitung vertraten den Standpunkt, daß die Gelder nicht in Frankfurt, sondern im Kreise selber verwaltet werden sollen. Weiter wurde der Standpunkt vertreten, daß zu prüfen sei, ob nach dem Kriege für den Wahlkreis Hanau nicht ein eigenes Organ zu schaffen sei, da hierfür ein dringendes Bedürfnis vorliege, und man viel besser die Fragen des Kreises behandeln könne; ob dies möglich sei, hänge alles von der Zukunft ab. Die Bezirkskonferenz beschloß, sofort an die Vorarbeit heranzugehen. Die Wahlkreis-Konferenz pflegte darüber eine eingehende Aussprache, in der Für und Wider geprüft wurde. Es wurde allseitig anerkannt, daß eine unabhängige Presse geschaffen werden muß. Die Meinung der Konferenz kam in folgender Resolution, die einstimmig angenommen wurde, zum Ausdruck:

„Die Vertrauensmänner-Konferenz des Wahlkreises Hanau, die am Sonntag, 13. Januar, in Hanau tagte und sehr gut besucht war, beschließt, daß die Entscheidung, ob die Gründung eines Lokalblattes für den Wahlkreis Hanau, oder eines Zentralblattes für den gesamten Bezirk erst nach dem Kriege zu fällen ist. Die Verwaltung der Gelder verbleibt im Kreise selbst und wird von einer 5gliedrigen Kommission besorgt. Dieselbe besteht aus den Genossen Dr. Wagner-Hanau, Friedel-Bodenheim, Jeller-Bischofsheim, Bedenbach-Förnigheim und Richter-Fechenheim. Jeder Filiale steht jedoch die Rückzahlung der Gelder zu, wenn dieselben für eine unabhängige sozialdemokratische Pressegründung verwendet werden.“

Mit diesem Beschluß gilt es jetzt in allen Filialen eine eifrige Propaganda zu entfalten für die Ausbringung von Mitteln. Die Anteilsscheine sind durch die Beschlässe sichergestellt und keinerlei Mißbräuche seitens der Zeichner berechtigt. Genossen! Jetzt an die Arbeit! Nutzt die Gelegenheit, wo ihr könnt und sammelt bei Zusammenkünften jeglicher Art für den Pressefonds und sorgt für Aufklärung überall, um recht viel Anteilsscheine in allen Filialen zustande zu bringen.

Breslau. Die Ortsgruppe der U. S. P. veranstaltete am 30. Dezember eine „Sonnenwendfeier“ im Saale des „Deutschen Stäffer“, die äußerst zahlreich besucht war. Die Darbietungen bestanden in „Prolog, Ansprache und künstlerischen Vorträgen in Gesang und am Klavier, sowie Rezitationen“. Das Gebotene fand den ungeteiltesten Beifall. Dieser Abend dürfte dazu beigetragen haben, die Zusammengehörigkeit unter den alten Parteigenossen zu fördern, die sich um das Banner der Internationale scharen und die durch das Verhalten der Regierungsozialisten angewidert sind. Wir werden auch in Zukunft bemüht sein, dem geselligen Verkehr mehr Rechnung zu tragen und wünschen, daß sich alle Genossinnen und Genossen, denen die ganzen Mächtigkeiten der Regierungsozialisten anfeuern, die aber noch ihre Beiträge, wenn auch wider Willen, für diese zahlen, endlich die Konsequenzen abgeben und sich dorthin stellen, wo sie mit ihrem Herzen hingehören. Daß es gerade den hiesigen Führern der Regierungsozialisten an den Beiträgen liegt, kann man täglich aus der „Volkswacht“ ersehen. Mit Hochdruck arbeitet man zurzeit, um die ausgetretenen Mitglieder zurückzugewinnen. Auf jedes Dorf ziehen Sonntags die Führer und suchen mit marxistischer Reklame Mitglieder zu werben, indem man den Leuten erzählt, die erhöhten Unterstützungen an die Kriegerfrauen seien nur ihren Abgeordneten zu danken, und wenn sie alle der Partei beitreten würden, so werde man noch mehr heraus schlagen können. Auf der einen Seite unterstützt diese Partei durch ihr ganzes Verhalten die Maßnahmen der Regierung. Auf der andern Seite sucht man die Entertien mit Bettelpennungen und Phrasen abzuspülen.

Den neuesten Trick spielen diese Genossen jetzt mit der Gerichtsverhandlung gegen die Jugendlichen aus. Da sucht die „Volkswacht“ den Lesern weis zu machen, als ob es nur die alte Partei und Gewerkschaft sei, der es zu danken wäre, daß die Jugendlichen so allmählich weggenommen seien, indem sie diesen Herrn Rechtsanwalt Wandmann als Verteidiger stellten. Ohne Herrn W. zu nahe zu treten, muß doch gesagt werden, daß auch Herr Rechtsanwalt Cohn als auch der Herr Offizialvertreter des Kriegsgerichts sich für die Angeklagten einsetzten. Aber man muß doch jede Gelegenheit benützen, um für sich etwas herauszuschlagen. Das hat man jetzt eben sehr nötig, wo jeder Klassenbewußte Arbeiter ihre Politik durchschaut hat. Aber einmal muß doch der Belagerungsstand fallen, dann sprechen wir uns wieder und das Klassenbewußte Proletariat wird erfahren, wo seine Vertreter und wo seine Verräter sitzen.

Offenburg. (Soz. Verein des 7. badischen Kreises.) Die Monatsversammlung war des schlechten Wetters wegen nicht zahlreich besucht; von auswärtig waren nur 3 Orte vertreten. Der Quartalsbericht

läutet recht günstig. Es wurden 958 Beitragsmarken verkauft. Die Sonnenwendfeier erob einen Ueberschuß von 16,83 Mk. Der Saldo-Vortrag betrug am Ende des Quartals 97 Mark. Einstimmig wurde beschlossen, davon 60 Mark im 1. Quartal als Aktien anzulegen. Einzelne Genossen erklärten sich zur Aktienzeichnung bereit. Es sind weitere 10 Genossen der U. S. P. beigetreten. Zwei auswärtige Mitglieder spendeten 5 Mark zur Kasse für die Sonnenwendfeier.

Groß-Berliner Chronik.

Die Verkehrsnot in Groß-Berlin wird immer schlimmer. Wer früh pünktlich an seiner Arbeitsstelle sein muß und auf die Beförderung mit der Straßenbahn angewiesen ist, hat schon manchen Fluch gegen die verfluchte Straßenbahn ausgestoßen. Wer nicht gerade in der Lage ist, an einer Endhaltestelle zu wohnen und in die Wagen einsteigen zu können, muß fast täglich erleben, daß die schon überfüllte Straßenbahn vor der Haltestelle vorüberfährt, weil die Wagen bereits überfüllt sind. Die Hoffnungen auf den nächsten Wagen werden oft zunichte und so kommt mancher viel zu spät an seine Arbeitsstelle und hat manchen Verdruß und Unannehmlichkeiten.

Diese Zeit der Verkehrsnot soll nun auch noch benutzt werden, um einen schon längst gehegten Wunsch der Direktion der Straßenbahn in Erfüllung gehen zu lassen und eine Tarifierhöhung durchzuführen. Die Direktion läßt eine Rechnung aufmachen über die Betriebsergebnisse, die eine Tarifierhöhung rechtfertigen sollen. Dem wird von anderer Seite wie folgt entgegengetreten:

Die Betriebseinnahmen der Gesellschaft sind im Jahre 1916 gegenüber 1915 um 5,95 Millionen Mark und im Jahre 1917 gegenüber 1916 nach der in den letzten Tagen veröffentlichten, allerdings noch nicht endgültigen Zusammenstellung der Monatsergebnisse um 11,7 Millionen Mark, zusammen also in diesen beiden Jahren um 17,65 Millionen Mark gestiegen. Demgegenüber standen 1916 Mehrausgaben von 4,75 Millionen Mark gegenüber 1915 und nach den vor einigen Tagen abgegebenen Äußerungen des Direktors Dr. Bussow 1917 Mehrausgaben von 9 Millionen Mark gegenüber 1916, zusammen also in diesen beiden Jahren eine Steigerung der Ausgaben um 13,75 Mill. Mark. Der Mehrertrag der Betriebseinnahmen hat also den Mehraufwand an Betriebsausgaben für 1916 und 1917 um annähernd 4 Millionen Mark überstiegen. Die Reichsverkehrssteuer, zu deren Deduktion die Große Berliner Straßenbahn gesetzlich eine Abwälzung auf die Tarife vornehmen kann und die 5,00 Proz. vom Fahrpreis beträgt, erfordert 3 bis 3½ Millionen Mark jährlich, während demgegenüber jede Erhöhung der gültigen Tarife um einen Pfennig auch bei normalen, nicht wie jetzt hypertrophisch gesteigertem Verkehr der Großen Berliner Straßenbahn etwa 5 Millionen Mark Mehreinnahmen bringt. Diesen überzeugenden Ziffern gegenüber werden nun die notwendige höhere Bemessung der Rückstellung für Erneuerungen und die zukünftigen, aber die jetzigen Mehrausgaben noch hinausgehenden Mehraufwendungen für Löhne und Materialen ins Feld geführt.

Ob wirklich ein Aufwand von 25 Millionen Mark für die Wiederherstellung der Materialwerte erforderlich sein wird, und ob er insbesondere bei der zu erwartenden Materialkontingenterung sofort mit Kriegsschluß ausgegeben werden kann, erscheint fraglich. Wenn demgegenüber aber die Straßenbahn ihren beiden Erneuerungsfonds für Unterbau und Wagenpark vom Jahre 1915 mit einem Bestand von 6,7 Millionen am 31. Dezember 1916 auf 11 Millionen gebracht hat und nach den Äußerungen des Direktors Bussow zum 31. Dezember 1917 auf 17 Millionen steigen will, so erscheint eine derart starke Dotierung doch wohl wesentlich durch taktische Erwägungen beeinflusst. Bei einer doch sicherlich sowohl möglichen wie geplanten Fortsetzung dieser Politik im Jahre 1918 würden schon am Schlusse dieses Jahres 1918 im Erneuerungsfonds etwa die 25 Millionen aufgebraucht sein, die zur Wiederherstellung der im Krieg stark abgenutzten Anlagewerte für den Frieden zur Verfügung stehen müssen. Daß schon im Jahre 1919 diese 25 Millionen Mark voll ausgegeben werden können, erscheint nahezu ausgeschlossen. Die Große Berliner Straßenbahn hat die Erneuerungsfonds in den letzten sechs Jahren vor dem Kriege annähernd gleichmäßig um drei Millionen Mark dotiert. Durch höhere Löhne und Bauhofpreise läßt sich allenfalls eine Steigerung von 50 Prozent rechtfertigen, was 4,5 Millionen Mark jährlich ausmachen würde. Eine diesen letzteren Betrag noch um mehrere Millionen übersteigende Dotierung der Fonds hat naturgemäß die Dividende vom Stande der Jahre 1914 und 1915 mit je 6 vom Hundert herabdrücken müssen, da jedes Prozent Dividende 1 Million Mark ausmacht.

Die Stadtverordnetenwahl im 11. Kommunalwahlbezirk am 13. Januar endete mit der Wahl des Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, dem Partisekretär Hermann Varenthin. Genosse Varenthin erhielt 1382 Stimmen, während für den Kandidaten der Abhängigen, Herrn Rathmann, 1018 Stimmen abgegeben wurden. Unsere Genossen waren mangels einer Presse und mangels jeder Versammlung auf die Hausagitation angewiesen. Rathmann wurde vom „Vorwärts“ als der „einzige Kandidat der Sozialdemokratie“ empfohlen. Unterstützt wurde seine Wahl durch die Arbeit einer Anzahl Angehöriger des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes, die alle Hebel in Bewegung gesetzt hatten, vor allem die Straßenbahnschaffner auf die Beine zu bringen. Trotz dieser Agitation ist es ihnen zwar gelungen, eine größere Anzahl Stimmen anzubringen, aber den endgültigen Sieg konnten sie uns nicht entreißen.

Es ist sicherlich in heutiger Zeit, in der die Anhänger der Unabhängigen Partei schweren Verfolgungen

ausgesetzt sind, ein nicht zu unterschätzender Erfolg, daß über 1300 Wähler öffentlich ihre Stimme für unseren Kandidaten abgegeben haben, andererseits beweist die Wahl aber auch, daß unsere ehemaligen Freunde an der Arbeit sind, alles gegen uns auf die Beine zu bringen, ganz gleich, welche Mittel dabei in Frage kommen. Ein solches Mittel zur Täuschung war die in ihrem Flugblatt aufgestellte Behauptung, Stadthagen sei „ihr Vertreter“ gewesen. Immer muß unsere Parole sein, zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit auf dem Posten zu sein.

Städtische Möbel. Die Knappheit und die Teuerung der Möbel hat nunmehr die Gemeinden veranlaßt, sich mit der Herstellung von Möbeln zu beschäftigen. In Berlin-Lichtenberg, Schöneberg und anderen Orten sind von den zuständigen Bauämtern bestimmte Einheitsmöbel für Stube und Küche, wie auch für größere Wohnungen entworfen worden. Die Anfertigung dieser Möbel soll bestimmten Firmen übertragen und auch ein bestimmter Preis festgesetzt werden. In welcher Weise die Abgabe der Möbel erfolgen soll, scheint noch nicht festzustehen, insbesondere ist noch nicht sicher, ob auch noch Möbelbezugscheine ausgegeben werden.

Neue Kohlenarten sollen zur Ausgabe gelangen. Das ist sehr gut und ganz schön. Aber was nützen den Leuten Kohlenarten, wenn sie keine Garantie haben, Kohlen zu bekommen. Noch stehen tagtäglich die Leute stundenlang vor den Kohlenplätzen und vor den Geschäften der Kohlenhändler, um auf ihre Kohlenarten Kohlen zu bekommen und wie viele müssen vergeblich wieder nach Hause gehen. Der Aufstellung von Kundenlisten für den Kohlenbezug setzen die Behörden Widerstand entgegen, weil sie selber keine Garantie haben, genügend Kohlen geliefert zu bekommen.

Die Schneeschippererei scheint noch immer nicht richtig funktionieren zu wollen. In Petersburg hat Trotski einfach verfügt, daß alle Personen Schnee schippen sollen, die keine produktive Arbeit leisten. Dann müßten alle Rentiers und Couponabschneider die Schippe selber in die Hand nehmen und können sich nicht für Geld vertreten lassen.

Papiermangel und Buchdrucker. Unter dem wachsenden Papiermangel leiden vor allem auch die in Druckbetrieben beschäftigten Arbeiter. Am Sonntag, den 13. Januar beschäftigte sich mit dieser Kalamität der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer und beschloß nach einem die Situation beleuchtenden Referat und nach einer Diskussion folgende Resolution:

„Die am Sonntag, den 18. Januar 1918, in den Germania-Sälen, Chausseest. 110, tagende Versammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, die sich mit der Papiernot in den Zeitungs- und Werkbetrieben beschäftigte, richtet die dringende Bitte an die verantwortlichen Stellen der Papierlieferung, der drohenden Gefahr eines schließlichen gänzlichen Stillstandes der Berliner Zeitungen und Werkbetriebe dadurch zu begegnen, daß auf schnellstem Wege diesem außerordentlichen Notstande abgeholfen wird. Die Anforderungen, welche die jetzige Zeit zur Ausbringung der Kosten für das tägliche Leben an jeden einzelnen Gehilfen stellt, gestatten auch nicht den kleinsten Lohnausfall. Durch diese außerordentliche Einschränkung der Papierversorgung wird aber täglich die Gefahr drohender, daß das Arbeitsgebiet der Gehilfenschaft verringert und dadurch Zustände herbeigeführt werden, für die die Gehilfenschaft jede Verantwortung ablehnen muß.“

Die Versammlung wendet sich daher an die mit der Papierlieferung beauftragten Reichsstellen mit dem dringenden Ersuchen, in dieser schwierigen Zeit für eine dauernde und bessere Belieferung mit Papier zu sorgen, damit dem gesamten Buchdruckgewerbe schwere Zeiten erspart bleiben.“

Die Hilfsarbeiter beim Berliner Magistrat werden jämmerlich bezahlt. Die Löhne betragen nach der im September erfolgten Erhöhung 4,20—6,50 Mk. pro Tag. Dazu kommt eine Teuerungszulage von 18—35 Mark, je nach der Kinderzahl. Den Festangestellten wurde im Dezember eine einmalige Zulage von 120—200 Mk. und eine 10proz. Kriegszulage gewährt. Die Hilfsarbeiter gingen leer aus. Ein Antrag der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion, auch den Hilfsarbeitern die einmalige Zulage zu gewähren, die länger als 6 Monate beim Magistrat beschäftigt sind, wurde von der Stadtverordneten-Versammlung leider abgelehnt. Danach sind die bürgerlichen Gruppen der Versammlung mitschuldig daran, daß die Hilfsarbeiter keine neue Zulage erhalten haben. Eine Versammlung der Hilfsarbeiter, die sich mit der Angelegenheit beschäftigte, erob gegen diese Behandlung Einspruch und forderte in einer Eingabe an Magistrat und Stadtverordnete die Erhöhung der Tageslohnrate.

Das Verlangen nach guten Büchern

Ist außerordentlich stark. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß im Verbandsbureau, Schilderstraße 5, Hof, 2 Treppen, noch ein Posten des Buches Kautsky: „Massenstreit“ zum Preise von 2 Mk., und eine Gedichtsammlung von Ludwig Feiler: „Fadeln der Zeit“, zum Preise von 50 Pf., abgegeben wird, auch im einzelnen. Wer Bedarf hat, wolle sich an unser Bureau wenden.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: E. Reid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5. Druck: Rauter & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.